



Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
27. Jahrgang | Nr. 4 / 2022

12. Altenparlament

Ein bewährtes Forum der Mitwirkung von Senioren



Die Präsidentin des Altenparlaments Brigitte Seifert begrüßt die Delegierten

Am 20. Oktober 2022 tagte bereits zum 12. Mal das Altenparlament im Plenarsaal des Landtags Mecklenburg-Vorpommern im Schweriner Schloss. Nach vier Jahren Abstinenz durch Corona, das 11. Altenparlament stimmte nur per Brief ab, trafen sich 67 Delegierte von 29 Vereinen, Verbänden und Seniorenorganisationen, um über drei Leitanträge und zwei Resolutionen zu beraten und diese zu verabschieden. Das Altenparlament hat sich in den zurückliegenden Jahren zu einem bewährten Forum entwickelt, um der Politik Probleme aufzuzeigen, Handlungsempfehlungen abzuleiten und entspre-

chende Forderungen an die Politik zu stellen. Drei Arbeitsgruppen in einem Organisationskomitee haben in den vergangenen Monaten Beschlussentwürfe erarbeitet zu den Themen:

1. Ausbau und Erhalt einer flächendeckenden, bedarfsorientierten und ausgewogenen Beratungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern,
2. Förderung der Medienkompetenz Analoges Leben in digitalen Zeiten und
3. Für eine lebenswerte Zukunft für Alt und Jung sowie einen

Fortsetzung auf Seite 3

Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

das 12. Altenparlament, wie nebenstehender Beitrag zeigt, ist nun wieder bereits Geschichte. Nun geht es an die Umsetzung der Beschlüsse. In einer Resolution „Solidarisch durch die Krise! Größere soziale Ausgewogenheit bei Bewältigung von Auswirkungen der Krise“ wird auf aktuelle Probleme hingewiesen und werden zielführende Maßnahmen für Bedürftige gefordert. Die Schere zwischen Arm und Reich wächst auch zu Zeiten der Krise stetig weiter. Noch nie waren so viele Rentner auf Grundsicherung angewiesen. In Mecklenburg-Vorpommern ist jedes dritte Kind von Armut betroffen, wie die Landesarmutskonferenz feststellt. Für Kinder von Erwerbslosen und Geringverdienern, so das 23. Erwerbslosenparlament Mecklenburg-Vorpommern, ist die Teilhabe am sozialen Leben erschwert, während Eltern mit hohem Einkommen von Steuervorteilen durch Kinderfreibeträge und anderen steuerlich absetzbaren Ausgaben profitieren. Dies setzt sich auch bei Studierenden fort, wo neue Erkenntnisse bei einem Drittel Armutsgefährdung feststellen. Dies unterstreicht, dass bisherige Maßnahmen und Vorhaben im Gießkannenprinzip keine ausreichende Entlastung bei Betroffenen schaffen. Inzwischen flattern die Briefe der Energieversorger mit einer Verdoppelung der Strompreise ins Haus. Briefe von Vermietern stellen eine Erhöhung der Vorauszahlung bei Heizkosten auf 150 Prozent in Aussicht. Eine Bewertung der Diskussionen um das Bürgergeld und die jeweils vorgebrachten Argumente überlasse ich jedem Leser selbst. Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern in der nächsten Zeit trotzdem ein angenehmes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Bernd Rosenheinrich,
Vorsitzender des
Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Aus dem Inhalt

| | | |
|-------|----|---|
| Seite | 11 | Arbeitsplan des LSB für 2023 |
| Seite | 19 | Die Masche mit den alten Büchern |
| Seite | 23 | Aus Landkreisen und Städten |



Vitanas



LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Stationäre sowie Kurzzeitpflege in allen Pflegegraden
Spezieller, zertifizierter, Wohnbereich für Menschen mit Demenz | Wir kochen
täglich frisch und abwechslungsreich | Reinigungsservice für die persönliche
Wäsche | Kostenfreie Bettwäsche und Handtücher | Hauseigener Friseur
Fußpflege kommt ins Haus | Zahlreiche Therapie-, Tätigkeits- und Freizeit-
angebote | Hübscher Garten mit vielen Sitzgelegenheiten
Mitnahme der eigenen Möbel gerne möglich | Haustiere
sind herzlich willkommen | Regelmäßige Veranstaltungen

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**



Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten
Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin
☎ (0385) 51 19 - 0 | vitanas.de/amschlossgarten

Vitanas Senioren Centrum Im Casino
Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin
☎ (0385) 575 66 - 0 | vitanas.de/imcasino

Fortsetzung von Seite 1

Resolutionsentwurf für eine Bildungsstrategie zum lebenslangen Lernen und einen zur aktuellen Versorgung und Preisentwicklung in der Krise.

Die Tagung des Altenparlaments wurde eröffnet durch die 2. Vizepräsidentin des Landtages und seniorenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Elke-Annette Schmidt. Per Videobotschaft wendete sich die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig an die Delegierten. Sie dankte ihnen für ihr Engagement und wünschte den Delegierten viel Erfolg bei ihrer Tagung. Danach hat Sozialministerin Stefanie Drese in ihrer Ansprache den wichtigen Beitrag von Seniorinnen und Senioren zur Entwicklung einer solidarisches Bürgergesellschaft hervorgehoben. „Politik ist auf den Erfahrungsschatz der älteren Generation angewiesen, damit wir das Ziel einer Gesellschaft für alle Lebensalter erreichen können. Wir profitieren von Ihrem Wissen und Ihren Kenntnissen“, sagte Drese in ihrem Grußwort zum Auftakt. Seit 2010 ist dies im Seniorenmitwirkungsgesetz festgeschrieben. Im § 4 wird das Altenparlament als Forum der Mitwirkung der älteren Generation an Entscheidungsprozessen, die ihre Lebenssituation und ihr direktes Lebensumfeld betreffen, benannt.

Drese verdeutlichte, dass das Land für die Einbeziehung älterer Menschen Strukturen geschaffen hat. „In Mecklenburg-Vorpommern ist die politische Teilhabe und die Mitwirkung älterer Menschen über den Landeseniorenbeirat, die kommunalen Seniorinnen- und Seniorenvertretungen, bürgerschaftliche Initiativen und über das Altenparlament gesichert“, so die Ministerin. „Ältere Menschen in Mecklenburg-Vorpommern können somit sicher sein, gehört und einbezogen zu werden, wenn ihre Belange berührt werden und um das Leben der Älteren noch lebenswerter zu gestalten.“

Gleichzeitig gelte es, Strukturen und gesetzliche Rahmenbedingungen auf

ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Deshalb habe die Landesregierung gerade das Seniorenmitwirkungsgesetz evaluiert. Drese: „Ein wesentliches Ergebnis ist, dass das Gesetz ein geeignetes Mittel ist, die Arbeit der Seniorenvertretungen zu unterstützen und damit die Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken. So fördern wir die aktive Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben.“



Günter Schult aus Neubrandenburg wurde als einziger Teilnehmer, der an allen 12 Altenparlamenten teilnahm, mit einem Blumenstrauß begrüßt.

Nach der Ansprache der Ministerin wählten die Delegierten ihr Tagungspräsidium. Auf Vorschlag des Organisationskomitees wurden Brigitte Seifert vom Landessenorenbeirat, Martin Birkholz von der Liberalen Senioreninitiative der FDP und Bernd Rosenheinrich vom Landeseniorenbeirat in das Tagungspräsidium gewählt. Bernd Rosenheinrich wurde mit der Leitung der Tagung betraut, Brigitte Seifert als Präsidentin des Altenparlaments hielt ihre Ansprache an die Delegierten. Sie ging dabei sehr ausführlich auf die Folgen der gegenwärtigen Krise für die Senioren ein und mahnte sozial gerechte Hilfen an. Im zweiten Teil ging sie auf die schriftlichen Stellungnahmen zur Umsetzung der Beschlüsse des 11. Altenparlaments ein und begründete die Themenauswahl der aktuellen Beschlussentwürfe. „Lassen wir uns also mit der Arbeit beginnen, wir haben eine umfangreiche Tagesordnung

abzuarbeiten. Ich wünsche uns konstruktive Diskussionen, damit wir als Seniorinnen und Senioren wieder ein Zeichen der aktiven Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben setzen können“ so Seifert zum Abschluss.

Nach weiteren Abstimmungen zu Geschäftsordnung und Tagesordnung und Einsetzung der drei Arbeitskreise und Vorstellung der Arbeitskreisleiter und deren Stellvertreter auf Vorschlag des Organisationskomitees diskutierten die Delegierten die vorliegenden Beschlussentwürfe.

Nach einer Mittagspause erfolgte die Vorstellung der Aktivitäten und Ergebnisse bei der Umsetzung der Beschlüsse des 11. Altenparlaments durch Vertreter der Fraktionen. Die SPD- und die CDU-Fraktion sowie die Landesregierung hatten ihre Stellungnahmen im Vorfeld bereits schriftlich vorgelegt.

Die seniorenpolitischen Sprecherinnen der SPD-Fraktion Christine Klingohr, der Fraktion DIE LINKE Elke-Annette Schmidt, der FDP-Fraktion Barbara Becker-Hornickel und der Sprecher der CDU-Fraktion für Soziales, Familien- und Pflegepolitik Harry Glawe stellten sich nach ihren Ausführungen den Fragen der Delegierten. Die Fraktion der AfD blieb dem Altenparlament ohne Begründung fern. Auf Grund einer Corona-Erkrankung entschuldigte sich die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Leider hat auch die Vertreterin der SPD-Fraktion nach ihrem Statement wegen anderer Verpflichtungen die Veranstaltung verlassen und stand für Nachfragen nicht zur Verfügung. Hier hätten sich die Delegierten eine Vertretung gewünscht.

Im Anschluss haben die drei Arbeitskreisleiter Veränderungen an ihren Beschlussentwürfen begründet. Dank der engagierten Arbeit der Mitarbeiter der Landtagsverwaltung lagen die überarbeiteten Beschlussentwürfe allen Delegierten als Drucksache vor. In Einzelabstimmung zu den vorliegen-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

den Dokumenten konnten die Delegierten ihr Votum abgeben. Alle Beschlusssentwürfe einschließlich der Resolutionen erhielten die Zustimmung der Delegierten.

Nach dem Schlusswort der Präsidentin des 12. Altenparlaments verabschiedete die 2. Vizepräsidentin des

Landtages Elke-Anette Schmidt die Delegierten, würdigte deren konstruktive Mitarbeit und wünschte allen einen guten Nachhauseweg.

In einem Fragebogen zur Nachbereitung des Parlaments durch das Organisationskomitee unterstrich die Mehrzahl der Delegierten die gute Organisation und den reibungslosen Ablauf des 12. Altenparlaments. Der

Landessenorenbeirat dankt deshalb ausdrücklich den Mitarbeitern des Landtages für die bewährte gute Arbeit im Umfeld des Parlaments.

Die folgenden Beschlüsse in vollem Wortlaut sowie die Resolutionen des 12. Altenparlaments sind auch unter www.landtag-mv.de/mitmachen/projekte/altenparlament abrufbar.

BESCHLÜSSE DES 12. ALTENPARLAMENTS

Ausbau und Erhalt flächendeckender, bedarfsorientierter und ausgewogener Beratungslandschaft in MV

Der Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, im Rahmen ihrer finanziellen Verantwortung und Möglichkeiten auf eine flächendeckende, bedarfsorientierte und ausgewogene soziale Beratungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern hinzuwirken.

Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Landesweite Bedarfserhebung durch die Landkreise und kreisfreien Städte auf Initiative des Landes und unter Beteiligung der Wohlfahrtsver-

bände sowie Festlegung einheitlicher Eckpunkte/Kriterien als Grundlage im Rahmen der Sozialplanung.

2. Die Landkreise und kreisfreien Städte verständigen sich kooperativ hinsichtlich der Zuständigkeit für Beratungsangebote in den benachbarten Umlandgemeinden der angrenzenden Landkreise sowie der damit ggfs. einhergehenden Ausgleichszahlungen.

3. Minderung des Verwaltungsaufwands durch eine sachgerechte und zeitgemäße Vereinfachung der Verwaltungsabläufe im Rahmen der Mittelzuweisung.

4. Begrenzung des tatsächlichen Eigenanteils auf Basis der zuwendungsfähigen Ausgaben nach sachgerechten Kriterien.

5. Überregionale Beratungsangebote verbleiben in der Zuständigkeit des Landes.

6. Die Landesmittel sind regelmäßig bedarfsgerecht anzupassen bzw. zu dynamisieren.

7. Es wird auf Landesebene ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept gemäß Beschluss des 10. Altenparlaments erstellt. ■

Förderung der Medienkompetenz Analoges Leben in digitalen Zeiten

Der Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert:

1. digitale wie auch analoge Teilhabe als Grundrecht in die Landesverfassung aufzunehmen,

2. die Aufgabenstellung „Medienkompetenz“ einer oder einem festen Ansprechpartner/in durch Bestellung eines oder einer Landesbeauftragten für Medienbildung zuzuordnen,

3. eine landesweite Kampagne „Seniorinnen und Senioren an und ins Netz“ zur Organisation und Durchführung einer Aufklärung, Sensibilisierung und Motivierung Älterer zur Nutzung digitaler Medien einzuführen,

4. bereits bestehende Strukturen und Initiativen zu nutzen und auszubauen. Ehrenamtler müssen hierbei durch fest einzurichtende Stellen für Fachleute unterstützt werden,

5. Zugänge zu digitalen Medien in speziellen öffentlichen Räumen wie z. B. in seniorenbetreuenden oder kommunalen Einrichtungen mit der Pflicht zur Bereitstellung von WLAN-Zugängen einzurichten,

6. die finanzielle Ausstattung aller Förderprogramme nicht allein durch befristete Förderunterstützung, sondern langfristig durch Bereitstellung eines adäquaten Budgets zu sichern,

7. die analogen Zugänge bei Behörden trotz dortiger Umstellung auf Di-

gitalisierung, ebenso den Zugang zu privaten Dienst- und Versorgungsleistungen, aufrecht zu erhalten,

8. die Wirtschaft, das Handwerk, Banken und Versicherungen, wie auch Dienstleister anzuhalten, bei fortschreitender Digitalisierung stets auch vergleichbare analoge Möglichkeiten anzubieten,

9. Parteien, Vereine und Verbände aufzufordern, die Kommunikation mit allen Mitgliedern – egal, ob analog oder digital – zu gewährleisten,

10. sich dafür einzusetzen, dass Zusatznachrichten und Informationen im Fernsehen nicht nur digital, sondern auch analog abrufbar sind. ■

Für eine lebenswerte Zukunft für Alt und Jung

Der Landtag und die Landesregierung werden gefordert:

1. Die Integration von Klimafragen muss in allen Aufgabengebieten und die Zusammenarbeit zwischen Ministerien gefördert werden, um mit hoher Priorität Strategien für eine drastische Verringerung der Emissionen zu erarbeiten. In jedem Ministerium muss es einen Sonderbeauftragten für Klimaschutz geben. In der Staatskanzlei ist dies durch einen Beauftragten zu koordinieren, um ein abgestimmtes einheitliches Agieren zu sichern.
2. Die Einberufung eines Klima-Sachverständigenrates in M-V, ähnlich wie der Expertenrat im Bund. Bürgerbeteiligung muss im Mittelpunkt der Entscheidungsfindung stehen.
3. Die verstärkte Berücksichtigung der Auswirkungen auf den Klimawandel bei Entscheidungen in Politik und Verwaltung. Gezielte Sensibilisierung von Politik und Verwaltung für

den Klimawandel, unter besonderer Beachtung der Erzeugung und Verwendung von grünem Wasserstoff und dem Einsatz der Brennstoffzellentechnik und der Entwicklung synthetischer Kraftstoffe.

4. Aufgrund der spürbaren Folgen für die Gesundheit durch die Auswirkungen des Klimawandels sind für die Gesundheitsversorgung der Menschen, insbesondere der älteren Generation, dringend notwendige Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Kommunen zu initiieren. Hitzeberatungstelefone, Hitzepläne, Informationen und Kampagnen zum Verhalten in extremen Witterungslagen sind zu organisieren.

5. Die Finanzierung von Projekten unter dem Titel „Klimabewusst aktiv. Verbraucher Jung und Alt als Klimabotschafter in M-V“. Im Mittelpunkt sollen hier Menschen stehen, die zu ehrenamtlichen Klimabotschaftern aus- und weitergebildet werden. In

einem Schulungsprogramm erwerben sie Fachwissen zum Thema Klimaschutz und Vortragskompetenz und können danach mit Vorträgen und örtlichen Aktionen aktiv werden, ähnlich wie die Kurse der VHS in Rostock, Bad Doberan, Stralsund und Greifswald es schon kostenlos anbieten. Über diese Klimabotschafter soll mehr Reichweite für die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen des Klimaschutzes erreicht und das ehrenamtliche Engagement gestärkt werden. Darüber hinaus sind in unseren Schulen entsprechende Lehrprogramme zu entwickeln.

6. Der Einsatz für die Vernetzung bestehender Klimabotschafter-Projekte im Bundesrat.

7. Die Verbesserung des Informationsflusses über den Stand der Klimaschutz- und Klimaanpassungsaktivitäten von Politik an die Öffentlichkeit. Wir fordern Transparenz und Ehrlichkeit. ■

Resolutionen des 12. Altenparlaments Mecklenburg-Vorpommern

Zum Thema „Bildung im Alter – für alle ermöglichen“

Wir fordern den Landtag Mecklenburg-Vorpommern und die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, die Bildung für Ältere bis ins hohe Alter durch eine umfassende Strategie zum Auf- und Ausbau von Bildungsstrukturen für die nachberufliche Lebensphase ermöglicht.

Im Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) „Bildung im Alter - für alle ermöglichen“ wird darauf verwiesen, dass der Wunsch, Neues zu erfahren und dazuzulernen, unabhängig vom Lebensalter ist. Bildung im Alter trägt zu gesellschaftlicher Teilhabe, Persönlichkeitsentwicklung, Wohlbefinden und Gesundheit bei. In einer

Gesellschaft des langen Lebens wird sie immer wichtiger. Sie befähigt zur Mitgestaltung von Verhältnissen und kann Einsamkeit mindern. Wer gemeinsam lernt, erlebt Zugehörigkeit und Eingebundensein. Wie die BAGSO, so fordern auch wir mit der heute zu beschließenden Resolution, dass das Thema Bildung im Alter als politische Aufgabe im Land und den Kommunen zu verankern ist und konkrete Bildungsangebote zu schaffen sind, die die vielfältigen Lebenslagen und Interessen älterer Menschen berücksichtigen.

Von der Politik wird zunehmend die Relevanz und Notwendigkeit lebenslangen Lernens betont. Bisher wird darunter jedoch überwiegend das Lernen von der Kindheit an bis zum

Ende des Berufslebens verstanden. Lebenslanges Lernen bedeutet aber, dass mit 65 Jahren damit nicht Schluss sein kann und darf. Wer sich bildet, engagiert sich häufig auch. Wer sich engagiert, lernt stetig dazu. Der Landtag und die Landesregierung sind aufgerufen, Bildung im Alter als politische Aufgabe zu verankern und Verantwortung für die Bildung im Alter zu übernehmen.

Wir fordern den Landtag Mecklenburg-Vorpommern und die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf: Eine Bildungsstrategie für Bildung im Alter für Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln und umzusetzen, um Bildungsgerechtigkeit und gleiche

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Teilhabechancen im Alter zu ermöglichen. Diese Strategie sollte regelmäßig aktualisiert und fortgeschrieben werden. Zur Erarbeitung einer solchen Strategie sind die Älteren selbst einzubeziehen.

Inhalt dieser Strategie sollte sein:

- Um die Ungleichheit der Bildungschancen im Alter abzubauen, müssen Bildungsangebote und -gelegenheiten für Ältere in ganz Mecklenburg-Vorpommern geschaffen werden, die der Vielfalt älterer Menschen gerecht werden. Die Angebote müssen kostenfrei oder kostengünstig sein, damit auch Ältere mit geringem Einkommen an Bildungsaktivitäten teilhaben können.
- Im ländlichen Raum müssen Bildungsakteure gemeindeübergreifend kooperieren. Soziale Netzwerke und Selbstorganisationen sind zu fördern. Die Förderung digitaler Kompetenzen und der Ausbau einer digitalen Infrastruktur sind Voraussetzungen, um digital ortsunabhängig zu lernen.
- Für Menschen mit geringer formaler Bildung, mit gesundheitlichen Ein-

schränkungen, mit Behinderungen und Pflegebedarf müssen leicht zugängliche Bildungsangebote entwickelt werden.

- Kommunen sind in die Lage zu versetzen, vor Ort oder regional Bildungsnetzwerke zu schaffen, die das Thema Bildung im Alter umfassen.
- Die thematische Vielfalt ist zu fördern und sollte sich in den Bildungsinteressen und -bedürfnissen wiederfinden. Dazu gehören: kulturelle Bildung, Fremdsprachen, Recht- und Verbraucherschutz, Sinnorientierung und Spiritualität, Bildung im und für das Engagement, Bildung für berufliche Aktivitäten, Pflegeaufgaben, Technik- und Medienkompetenz, Digitalisierung, Gesundheitskompetenz, politische Bildung, Klima- und Umweltschutz aber auch der Bereich der Grundbildung und vieles mehr.
- Um die Verbreitung guter Praxis zu fördern, ist das Bildungsverhalten der älteren Menschen in Mecklenburg-Vorpommern differenziert und regelmäßig in einer eigenen Studie zu erfassen. Mit der wissenschaftlichen Erhebung und Evaluation bestehen-

der Lernformate könnte die Hochschule Neubrandenburg beauftragt werden.

- Stärkung des Berufsfeldes Geragogik und Ausbau geragogischer Lerninhalte im Studium der Gerontologie, Sozialen Arbeit oder Erziehungswissenschaften, um Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter zu qualifizieren.
 - Angebote sind niedrigschwellig bekannt zu machen und müssen leichter auffindbar sein, um den Zugang Älterer zu Bildung und Teilhabe zu verbessern.
 - Bei Bedarf werden Lernangebote auch in der eigenen Häuslichkeit und in Pflegereinrichtungen durchgeführt. Im ländlichen Raum sollten alle vorhandenen geeigneten räumlichen Orte genutzt werden.
- Das Konzept des „Lebenslangen Lernens“ muss als Lernen über die gesamte Lebensspanne verstanden und verwirklicht werden. Dazu braucht es das Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Rahmen einer Bildungsstrategie des Landes Mecklenburg-Vorpommern. ■

Zum Thema: „Solidarisch durch die Krise!“

Größere soziale Ausgewogenheit bei Bewältigung von Auswirkungen der Krise

Nach mehr als zwei Jahren Pandemie, einer Energiekrise und einer Inflationsrate von über 10 Prozent sind die Folgen für diejenigen am stärksten, die schon arm oder von Armut bedroht sind. Es leiden die, die bereits bisher gerade mit ihren monatlichen Einkünften ihr Leben bestreiten können.

Besonders prekär: Die Preise von Grundnahrungsmitteln stiegen innerhalb kurzer Zeit auf über 150 Prozent. Dies findet in der gegenwärtigen Diskussion der Auswirkungen der Krise wenig Beachtung.

Zum Internationalen Tag der älteren Menschen am 1. Oktober rief die Bun-

desarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) die Politik dazu auf, einen besonderen Blick auf Rentnerinnen und Rentner zu werfen, die knapp über Transferleistungen wie Grundsicherung und Wohngeld liegen oder solche Leistungen bislang nicht in Anspruch nehmen, obwohl sie ihnen zustehen würden. Diese Menschen müssen in der aktuellen Situation gezielt unterstützt werden.

Die einmalige Energiepauschale für Rentner soll nun zum 15. Dezember 2022 für alle ausgezahlt werden, die zum Stichtag 1. Dezember 2022 Anspruch auf eine gesetzliche Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente oder auf Versorgungsbezüge nach dem Beamten- oder dem Soldatenversorgungsgesetz haben.

Ein Gaspreisdeckel soll ab März 2023 für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs in Kraft treten. Diejenigen, die bisher bereits bewusst sparsam leben oder durch ein geringes Einkommen einen niedrigen Verbrauch für ihre kleine Wohnung aufweisen, erhalten 80 Prozent gedeckelt genau wie der Verbraucher, der eine große Villa mit Fitnessraum, Sauna und Pool großzügig beheizt hat. Das ist äußerst unsozial!

Wir fordern die Landesregierung auf, durch ihren Einfluss auf die Bundesregierung mehr soziale Ausgewogenheit zu erreichen.

Um das Armutsrisiko zu vermindern, fordern wir ein Grundkontingent an Strom, Gas und Fernwärme zu bezahlbaren Preisen für Privathaushalte.



Das Pflegeheim wird zur Armutsfalle: Jeder dritte Bewohner muss Sozialhilfe beantragen. Während 2018 der Eigenanteil der Bewohner noch bei 1.159 Euro lag, betrug er zum 1. Juli 2022 bereits 1.828 Euro. Die Durchschnittsrente liegt aufgrund der niedrigen Löhne in Mecklenburg-Vorpommern bei lediglich 1.300 Euro. Rücklagen sind kaum vorhanden.

Auch die Energiegrundversorger werden ihre Preise erhöhen. Zum 1. Dezember wird der regionale Energieversorger Wemag den Verbrauchspreis pro Kilowattstunde nahezu verdoppeln. Ursache sind drastisch gestiegene Bezugskosten für Strom, da die Wemag von Mitbewerbern gekündigte Kunden als Grundversorger gesetzlich festgelegt aufnehmen muss. Die Zusatzkosten entstehen für die Nachbeschaffung von teurer Energie für die neuen Kunden, die auf alle Kunden umzulegen sind. Stammkunden wer-



den für ihre Treue bestraft und dürfen für jene Kunden zahlen, die vorher zu billigeren Anbietern gewechselt sind. Hier bittet der Gesetzgeber für seine verfehlte Energiepolitik die Stammkunden der Grundversorger zur Kasse. Gerade viele ältere Kunden sind trotz höherer Preise bei ihrem regionalen Grundversorger geblieben und unterlagen nicht dem Wechselwahn und der Jagd nach den billigsten Anbietern.

Viele Ältere haben keine Ersparnisse, auf die sie zurückgreifen können. Sie müssen täglich entscheiden, wo sie noch etwas einsparen können. Auf der anderen Seite gibt es auch Profiteure der Krise. Große Energiekonzerne fahren dreifach oder vierfach gestiegene Gewinne ein. Die 36 reichsten Menschen in Deutschland besitzen so viel, wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Die Zahl der Millionäre stieg in Deutschland im letzten Jahr um 6,4



Prozent auf 1,6 Millionen. Deshalb fordern wir, wie zahlreiche Sozialverbände, die Einführung einer Vermögensabgabe und einer Übergewinnsteuer sowie den Abbau unnützer Subventionen und Steuergeschenke für Reiche und Besserverdienende.

Pandemie und Inflation treffen nicht alle gleich. Die Entlastungen für unsere Gesellschaft müssen daher zielgerichtet sein, wirksam und nachhaltig. Statt wenig Hilfe für alle nach dem Gießkannenprinzip, ausreichend Hilfe für die, die sie dringend brauchen. Die aktuelle Lage erfordert ein gemeinsames, entschlossenes Handeln. Wir appellieren an die Landesregierung, unsere Forderungen auf Bundesebene zu vertreten und in der Krise niemanden allein zu lassen. Gleichzeitig fordern wir die Schaffung eines Härtefallfonds für Menschen mit geringem Einkommen bzw. kleinen Renten zur Bewältigung der Krise. ■

Zwischen den Monaten

Ergebnisse von August bis November 2022 in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

Ende Juni fand die erste Beratung der **Strategiegruppe III „Gesundes Alter(n)“** virtuell nach der Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft 2022 statt. Die Teilnehmer entwickelten erste Ansätze zur Umsetzung der Aufgaben des Masterplans Gesundheitswirtschaft M-V 2030. Vom Landesseniorenbeirat nahm Bernd Rosenheinrich teil. Im August entwickelten die Experten in der Arbeitsgruppe in Präsenz entsprechende Projekte.

*

Am 6. Juli diskutierten Bernd Rosenheinrich, Peter Lundershausen und

Anett Jepp mit dem Justiziar und Referenten für juristische Beratung der Ehrenamtsstiftung, Franz-Martin Schäfer, die Aktualität der **Satzung des Landesseniorenbeirats** und deren Änderungsbedarf. Im Ergebnis wurde in einer Arbeitsberatung des Vorstands der Entwurf einer Satzung diskutiert und beschlossen. Inzwischen liegt auch die gemäß § 9 Absatz 3 Seniorenmitwirkungsgesetz notwendige Bestätigung durch das zuständige Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport vor. Deshalb konnte der

Entwurf rechtzeitig allen Mitgliedern für die Behandlung in der Mitgliederversammlung im November zugeleitet werden. Dort wurde die Satzung mit ihren Änderungen beschlossen.

*

Der **Landespflegeausschuss** tagte im August virtuell. Den LSB M-V vertrat Bernd Rosenheinrich. Ministerin Stefanie Drese berichtete über die inzwischen regelmäßig tagende Bund-Länder-AG zur Weiterentwicklung der

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Pflegeversicherung. Laut Frau Drese befindet sich der Entwurf für die erste Änderung des Einrichtungenqualitätsgesetzes in der ersten Ressortanhörung. Nach dem Vorschlag des Sozialministeriums wird es zukünftig keine durch Gesetz festgelegte Fachkraftquote geben. Es wird vielmehr auf die einrichtungsspezifische Aufgabenerledigung der Aufgaben durch entsprechendes qualifiziertes Personal abgestellt. Dabei bilden die bundesgesetzlich festgelegte Personalbemessung die Höchstgrenze und die Leistungsvereinbarung die Untergrenze. Weiterhin ist die Errichtung einer Landesfachstelle Demenz vorgesehen.

Frau Hollenbach, Leiterin Geschäftsbereich Pflegeversicherung des Medizinischen Dienstes, berichtete zu den Ergebnissen der Qualitätsprüfungen in 2022. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass durch die Corona-Pandemie der Medizinische Dienst Schwerpunktprüfungen vorgenommen hat und insbesondere anlassbezogen in den Einrichtungen tätig war. Die LIGA M-V wies in einer Beratungsunterlage auf Problematiken der Pflegehelfer- und Pflegefachkraftausbildungen hin. Weiterhin wurde das Ergebnis der AG „Flexibilisierung der Fachkraftquote“ vorgetragen, zu welchem aber die Pflegekassen die Zustimmung versagten. Eine Arbeitsgruppe „Fachkräftesicherung“ tagte im September 2022 erstmalig. Ein weiterer Schwerpunkt war die Umsetzung der Tariftreueregelung. Neben der Einrichtungsbezogenen Impfpflicht war ein weiterer Diskussionspunkt die Entwicklung der Sachkosten und deren Berücksichtigung in den Pflegekostenverhandlungen.

*

An der **Plenumssitzung des Aktionsbündnisses für Gesundheit** am 17.08.2022 in der Sportschule Güstrow nahm Dr. Georg Weckbach als Vertreter des Landessenorenbeirats teil. Nach der Eröffnung durch Frau Dr. Penning-Schulze richtete Ministerin Stefanie Drese ein Video-Gruß-

wort an die Teilnehmer. Sie verwies auf die Notwendigkeit einer Landesstrategie für Gesundheitsförderung und Prävention und dankte den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für das engagierte Arbeiten und das Erstellen von konzeptionellen Grundlagen für eine Landesstrategie. Es folgte ein Bericht der Steuerungsgruppe und der AG Stellungnahme zum Bericht der Enquete-Kommission. Der Bericht wurde einstimmig bestätigt.

Werner Mall von der AOK Nordost berichtete über die Arbeit der AG Landesstrategie. Als Kernpunkte des Konzepts benannte er die wichtige Rolle des Landes als Impulsgeber sowie in der Umsetzung der Landesstrategie und bei der Koordination der Aktivitäten auf Landesebene. Der ressortübergreifenden Aufstellung der Landesstrategie etwa durch die Interministerielle Arbeitsgruppe der Landesregierung komme dabei große Bedeutung zu.

Ulrich Pudschn vom Landessportbund berichtete über das Projekt „Bewegungsförderung für ältere Menschen in M-V“, das 2019 durch eine Initiative des damaligen Ministers Harry Glawe entstanden war. Dr. Weckbach berichtete, dass der Landessenorenbeirat und der Landessportbund eine Vereinbarung geschlossen hätten, um perspektivisch insbesondere auch die von Herrn Pudschn dargelegten Maßnahmen verstärkt gemeinsam umzusetzen.

Dr. Marco Franze von der Universität Greifswald und Frau Ernst stellen das Evaluationskonzept zu den Gesundheitszielen vor. Sie verstehen das Konzept als Ergebnis einer Phase 1 des Evaluierungsprozesses. Sie dankten dem Ministerium für die finanzielle Förderung und machten deutlich, wie zentral dieses Konzept sei. Mit einer Resolution und der Verabschiedung von Dr. Grübler wurde die Plenumstagung beendet.

*

Am 19. August war der Landessenorenbeirat eingeladen zum **Sommerfest des Kommunalpolitischen Forums M-V und der Landtagsfraktion Die**

Linke. Als Vertreter nahm Peter Lundershausen, Schatzmeister des LSB, daran teil. Dieses Sommerfest wurde aus Anlass des dreißigjährigen Bestehens des Kommunalpolitischen Forums in der Traditionshalle Ivenack bei Stavenhagen begangen. Begrüßt wurde der LSB durch die Vorsitzende des Kommunalpolitischen Forums, Jeannine Rösler, und durch den parlamentarischen Geschäftsführer der Linken, Torsten Koplín. Jeannine Rösler ließ 30 Jahre Bildung, 30 Jahre Publikationen und 30 Jahre Austausch zwischen Kommunalpolitikern Revue passieren und stellte deren gute Entwicklung dar. Abgerundet wurde die Feier durch die stimmungsvolle musikalische Begleitung des Liedermachers Harald Wandel und durch DJ Ecco Weber.

Peter Lundershausen: „Ich hatte am Rande der Veranstaltung eine Reihe guter Gespräche zur Seniorenarbeit und zum ehrenamtlichen Engagement, so unter anderem mit Elke Anette Schmidt als Sprecherin der Linken für Senioren- und Rentenpolitik, außerdem mit den Vertretern des Landesverbands der Gartenfreunde sowie mit eingeladenen Mitarbeitern aus den Ministerien unseres Bundeslandes. Im Rahmen dieser Veranstaltung konnte ich den Kontakt zwischen einem kommunalen Seniorenbeirat aus dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte und dessen Kreissenorenbeirat aufbauen. In den Gesprächen kam auch die Wertschätzung der Seniorenarbeit unseres Beirats zum Ausdruck.“

*

Der Landessenorenbeirat führte am 5. September sein **40. Kooperations-treffen** durch. Neu aufgenommen in den Kreis der Kooperationspartner wurde der Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern – im *Seniorenkurier* 3/2022 wurde darüber ausführlich berichtet. Dr. Georg Weckbach stellte die Kooperationsvereinbarung den anderen Partnern vor. Er verwies dabei auch auf die erfolgreiche Bearbeitung des Antrags zu Prävention und Sport vom 10. Altenparlament 2018 an die Regie-



rung unseres Bundeslandes: Es wurden auch für Seniorinnen und Senioren Gesundheitsziele erarbeitet und 2019 beschlossen. Die neue Kooperationsvereinbarung ist ein wichtiger Beitrag für die Umsetzung dieser Ziele.

*

Die **Landesvereinigung für Gesundheitsförderung** tagte am 20. September in Schwerin nach längerer Corona-Pause wieder in Präsenz. Es wurden die vorliegenden Materialien (Haushalt, Projekte) ausführlich beraten. Ziel der Projekte war die Gesundheitsförderung der Kinder und Jugendlichen. Der Vorstand wurde neu gewählt, und als Vertreter des Landesseniorenbeirats kam Dr. Georg Weckbach in den neuen Vorstand. In einer Video-Konferenz konstituierte sich der neue Vorstand und wählte Wolfgang Schmüling erneut zum Vorsitzenden.

*

Der LSB Vorsitzende informierte im September im Grundkurs der Ausbildung von **seniorTrainern** die Teilnehmer über die Arbeit und Aufgaben des LSB und des Altenparlaments. Auf der Festveranstaltung 20 Jahre Seniortraineraus- bildung am 27. Oktober hielt er ein Grußwort und hat unterstrichen, dass im Lauf der Jahre der Anteil von seniorTrainern im Landesseniorenbeirat ständig gestiegen ist.

*

Der **Kreisseniorenbeirat** des größten Kreises Deutschlands, der **Mecklenburgischen Seenplatte**, würdigte am 28. September sein **zehnjähriges Bestehen** in Neubrandenburg. Zahlreiche Gäste kamen und gratulierten zur bisher erfolgreichen Tätigkeit. Die Glückwünsche des Landesseniorenbeirats überbrachte Dr.

Georg Weckbach. Die Festrede zur Würdigung des Jubiläums hielt der Landtagsabgeordnete Torsten Koplín (Die Linke). Er ging dabei auch auf aktuelle politische Aufgaben ein.

*

Joachim Kießling nahm am 30. September an einer **Besprechung mit der Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern (VMV)** zum Thema „Landesdesign für den Schienenpersonennahverkehr in M-V“ teil. Themen waren: Welche Anforderungen stellen Pendler, Touristen, Familien und Seniorinnen und Senioren an das Innere und Äußere der Fahrzeuge? Die VMV hat dazu mit dem Landesmarketing M-V und der Firma Tricon Design nach neuen Wegen gesucht. Die Vorstellungen des Landesseniorenbeirats tragen ebenfalls dazu bei.

Die Firma TRICON entwickelte bereits weltweit von San Francisco bis Tokyo erfolgreich für Schienenfahrzeuge ein neues zukunftsfähiges Corporate Design.

Jetzt sollen auch die Eisenbahnfahrzeuge des Schienenpersonennahverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern innen und außen mit einem neuen Aussehen ansprechender und zukunftssicher gestaltet werden.

Die Veranstaltung wurde von Peter Kranz, Leiter des Referats Landesmarketing in der Staatskanzlei, moderiert. Weiterhin waren Vertreter aus Politik und Wirtschaft sowie des Bahnkundenverbandes anwesend. Wir haben Hinweise aus der Sicht unserer Seniorinnen und Senioren in der Diskussion vorgetragen, Schwerpunkte waren unter anderem: Farbgestaltung, Sitzanordnungen, Zugang zum Fahrzeug, Gepäckablage, Nutzung von mobilen Geräten, Informationsmanagement.

Die Hinweise aus der gesamten Diskussion werden jetzt ausgewertet und in die Arbeit der TRICON AG einfließen. Der Landesseniorenbeirat wird in der weiteren Diskussion beteiligt.

*

Am 01.10.2022 nahm der Vorsitzende am **Empfang von Ministerpräsidentin** Manuela Schwesig anlässlich des

Tages der Deutschen Einheit im Theater in Schwerin teil.

*

Durch Krankheitsfälle und Corona wurden die Sitzungen der **AG Seniorensicherheit** mehrfach verschoben. In zwei Sitzungen beschäftigte sich die AG mit dem Thema „Gewalt in der Pflege“. Dazu wurden in Vorträgen entsprechende Studien ausgewertet. Mit Unterstützung der Techniker Krankenkasse soll die HS Neubrandenburg eine Studie in M-V durchführen und entsprechende Handlungsempfehlungen vorlegen. Der Landespräventionstag 2023 findet zum Thema „Sport und Gewalt“ statt.

*

Am 10. Oktober fand ein konstruktives **Gespräch der Sozialministerin Stefanie Drese mit den Vorstandsmitgliedern des Landesseniorenbeirats** statt. Zu Beginn wurde über den Vorbereitungsstand des 12. Altenparlaments informiert. Weiterhin wurden drängende Probleme, wie die finanziellen Belastungen der Senioren, insbesondere der Pflegeheimbewohner,



durch steigende Eigenbeiträge in den Pflegeheimen, die Bewältigung der ausufernden und nicht mehr überschaubaren Belastungen der Krise, der unterschiedliche Entwicklungsstand seniorenpolitischer Gesamtkonzepte in Landkreisen und Kommunen sowie eine landesweite Engagementstrategie angesprochen. Auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens müssen neue Wege gegangen werden, wie eine Resolution des bevorstehenden Altenparlaments verdeutlichen wird. Die Senioren wünschen sich für 2023 eine

Fortsetzung von Seite 9

landesweite Gesundheitskonferenz zu Themen der Altersmedizin. Hier geht es insbesondere um die Vorstellung vorhandener Ergebnisse und Erfahrungen und deren Verallgemeinerung für unser Bundesland. Am Ende nochmals unterstrichen wurde, dass die Auswirkungen der Krise nicht zum Erliegen der Seniorenaktivitäten führen dürfen. Temperaturen in Senioreneinrichtungen, Sporthallen, Schwimmbädern, Beratungseinrichtungen usw. müssen auch den Bedürfnissen der Senioren Rechnung tragen.

Zu einem weiteren Gespräch hatte die **Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern** den Landessenorenbeirat wie angekündigt am 2. November eingeladen. Joachim Kießling vom Vorstand informierte sich über den Sachstand zur Einführung eines 365-Euro-Seniorentickets im Land, so wie es im Koalitionsvertrag der Landesregierung vereinbart ist. Die Vorarbeiten sind bereits weit fortgeschritten. In Abhängigkeit vom Inkrafttreten des bundesweit gültigen monatlichen 49 Euro-Deutschlandtickets für den Nahverkehr wird das 365-Euro-Seniorenticket als Jahresticket in

Mecklenburg-Vorpommern eingeführt. Kießling: „Wir haben unsere Forderung nochmals untermauert, dass es neben dem Jahresticket auch ein Monats- und Wochenticket und gegebenenfalls auch ein Tagesticket geben sollte. Wichtig war uns, dass es nicht nur digital über das Internet (Handy), sondern auch als Karte im personenbedienten Verkauf angeboten wird. Dies wurde uns bestätigt, und das haben wir ausdrücklich begrüßt.“ Vereinbart wurde, dass der Landessenorenbeirat bei der weiteren Vorbereitung und Umsetzung ausdrücklich beteiligt wird. ■

Zwei Regionalkonferenzen

Vom Landessenorenbeirat wurden gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport in Schwerin und Greifswald die diesjährigen Regionalkonferenzen organisiert. Auf der Tagesordnung stand das Referat des Vorstandsmitglieds Dr. Georg Weckbach zum Thema „Mehr Bewegungs(angebote) für Senioren“. Anlass für diesen Vortrag war der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung des Landessenorenbeirats mit dem Landessportbund. Im Vortrag wurde auf die Notwendigkeit von Bewegung für die Gesund-



Teilnehmer der Regionalkonferenz in Schwerin

heitsförderung auch bei Senioren eingegangen. Es wurden zahlreiche Möglichkeiten aufgezeigt, wie Bewegungsangebote genutzt werden

können. Auf den notwendigen Ausbau der Angebote wurde ebenfalls verwiesen. Die Diskussion zeigte die aktuelle Notwendigkeit des Ausbaus der Bewegungsangebote für Senioren und Seniorinnen.

Beate Berger vom Sozialministerium informierte aktuell aus ihrem Arbeitsbereich.

Brigitte Seifert sprach zum aktuellen Stand der Vorbereitung des XII. Altenparlaments.

Abschließend wurde über aktuelle Aufgaben in den Kreissenorenbeiräten beraten. gw

Mitgliederversammlung des Landessenorenbeirats

Im Rahmen der zweitägigen Herbsttagung des Landessenorenbeirates



Bernd Rosenheinrich gratuliert Brigitte Gluth zur Wahl in den Vorstand des LSB

wurde die Mitgliederversammlung durchgeführt. Nach einem umfang-



Die stellv. Vorsitzende Brigitte Seifert beglückwünscht Reinhard Oertel zur Wahl

reichen Rechenschafts- und Finanzbericht wurden eine Änderung der Satzung beschlossen und zwei Vorstandsmitglieder nachgewählt.

Wir danken besonders dem ausgeschiedenen Vorstandsmitglied Monika Schmidt für ihre langjährige engagierte Arbeit im Vorstand. Leider ist sie verstorben und wird in Schwerin und Rostock im Kreis der ehemaligen Mitstreiter schon vermisst.

Neben dem Haushaltsplan 2023 wurde auch der folgende Arbeitsplan für 2023 beschlossen. ■

Arbeitsplan des Landesseniorenbeirats M-V e. V. für das Jahr 2023

Grundlage des Arbeitsplanes des Landesseniorenbeirates M-V ist das Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern (Seniorenmitwirkungsgesetz M-V – SenMitwG M-V) vom 26.07.2010.

Der Landesseniorenbeirat vertritt die Interessen und Belange der Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern auf Landesebene und ist ein Organ der Meinungs- und Willensbildung sowie des Erfahrungsaustausches auf sozialem, politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Der Landesseniorenbeirat setzt sich aus 36 gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Seniorenbeiräte der Landkreise und kreisfreien Städte zusammen. Weitere Mitglieder sind ferner eine Einzelperson und sieben Ehrenmitglieder.

Für das Jahr 2023 stellen wir uns folgende Aufgaben:

1. Monatliche Arbeitsberatungen des Vorstandes
 - a) Durchführung am Sitz der Geschäftsstelle
 - b) Vierteljährliche gemeinsame Beratungen in ausgewählten Kreis- und kommunalen Beiräten
 - c) Durchführung von mindestens drei Klausurtagungen mit den Vorsitzenden der Kreissenorenbeiräte zur Koordinierung der Aufgaben des LSB
2. Durchführung von thematischen Regionalkonferenzen und zweitägigen Weiterbildungsveranstaltungen zu seniorenpolitischen Themen sowie Themen der Altenparlamente und Beförderung des Generationendialogs auf Landesebene und Förderung des Erfahrungsaustausches der Mitglieder untereinander.
3. Unterstützung der Seniorenbeiräte bei der Organisation der Arbeit in den Landkreisen und kreisfreien Städten und Kommunen, sowie bei der Bildung weiterer Seniorenbeiräte in den Kommunen und die Erfassung vorhandener Beiräte. Durchführung von gemeinsamen Arbeitsberatungen und Erfahrungsaustauschen mit kommunalen Seniorenbeiräten.
4. Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern des Landesseniorenbeirates M-V auf Landesebene auf der Grundlage des gemeinsamen Positionspapiers vom März 2004 und Gewinnung weiterer Partner.
5. Fortführung des Generationendialogs gemeinsam mit dem Landesjugendring M-V auf Landesebene sowie in den Landkreisen und Kommunen.
6. Unterstützung und Mitarbeit bei der Erarbeitung „seniorenpolitischer Gesamtkonzepte“ in den Kommunen auf der Grundlage der Beschlüsse des 10. 11. und 12. Altenparlaments und Berücksichtigung seniorenpolitischer Forderungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeit der Enquete-Kommission „Älter werden in M-V“ durch die Kommunen unter Einbeziehung kommunaler Seniorenbeiräte.
7. Durchführung einer Fachtagung zur Verabschiedung des Seniorenmitwirkungsgesetzes M-V (SenMitwG) 2010 durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport anlässlich des „Internationalen Tages der älteren Menschen“ am 01. Oktober 2023 unter Einbeziehung weiterer Landesseniorenvertretungen.
8. Durchführung einer zweitägigen Weiterbildung im Mai 2023 mit Vertretern kommunaler Beiräte zu aktuellen Themen der Seniorenpolitik und Aufgaben von Seniorenbeiräten.
9. Besetzung und Aktivierung von Arbeitsgruppen im Landesseniorenbeirat zu
 - Gesundheit/Pflege/Wohnen im Alter
 - Sport und Prävention
 - Seniorenbildung
 - Digitalisierung, Bildung und Förderung der Medienkompetenz Älterer
 - Recht/Erarbeitung von Stellungnahmen zu Gesetzen und Verordnungen
 - AG Seniorensicherheit
 - durch die Erarbeitung von Konzepten über Themenschwerpunkte und die Gewinnung neuer Arbeitsgruppenleiter.
 - durch Gesprächsrunden von Vorstand und Arbeitsgruppenleitern

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

zur Ausrichtung der Arbeitsgruppen und Diskussion von Schwerpunktthemen im I. Halbjahr 2023

10. Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit für Seniorenpolitik durch

- Kontakt zu den Medien
- Herausgabe eines Newsletters zu aktuellen Themen der Seniorenpolitik aus Europa, Bund und Ländern
- Vierteljährliche Herausgabe des „Seniorenkurier“ als Print- und digitale Ausgabe, Einordnung ständiger Themen wie: Zwischen den Monaten, Digitalisierung, Psychiatrie, Seniorensicherheit, Ernährung, Pflegestützpunkte, Verbraucherschutz und AAL-Systeme u.a.
- Pflege der Homepage

11. Aktivitäten zur Verbesserung der Sicherheit von Senioren durch:

- Mitarbeit in und Leitung der AG „Seniorensicherheit“ des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung in Mecklenburg-Vorpommern auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und Verkehrssicherheit und im Vorstand des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung.
- halbjährlichen Gedankenaustausch der Mitglieder der AG „Seniorensicherheit“ des LSB und Aufbau eines Netzwerkes unter Einbeziehung weiterer regionaler Partner.
- Fortführung des erfolgreichen Projektes „Seniorensicherheitsberater“ mit pensionierten Polizeibeamten gemeinsam mit dem Landeskriminalamt, den Polizeipräsidien und Kreispräventionsräten.
- Bearbeitung des Themas „Gewalt in der Pflege“

12. Konsultationen mit den Fraktionen der demokratischen Parteien des Landtages zu gesellschaftlichen Themen, wie die Umsetzung der Beschlüsse des 10., 11. und 12. Altenparlamentes, die Umsetzung der Handlungsempfeh-

lungen der Enquetekommission und die Erarbeitung von seniorenpolitischen Gesamtkonzepten auf Landesebene und in den Kommunen und die Teilnahme an Anhörungen der Landtagsausschüsse zu Gesetzentwürfen und Sachthemen und die Abgabe von schriftlichen Stellungnahmen.

13. Besonderes Augenmerk richten wir auf die Umsetzung der Beschlüsse des 12. Altenparlamentes, und hier insbesondere die Resolutionen zu aktuellen Themen, wie:

- Bildung im Alter – für alle ermöglichen
- Solidarisch durch die Krise! Größere soziale Ausgewogenheit bei Bewältigung von Auswirkungen der Krise

14. Regelmäßige Konsultationen mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei M-V und den Ministerien in M-V, insbesondere dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport M-V, Erarbeiten von Stellungnahmen und Empfehlungen zu Gesetzentwürfen und dem Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, Programmen und Plänen zur Gestaltung der Seniorenpolitik sowie der Wirksamkeit des SenMitwG.

15. Mitarbeit in folgenden Landesgremien:

- Landespflegeausschuss,
- Task Force Corona und Soziales
- Geriatriebeirat (Geriatrie: Altersheilkunde)
- Verbraucherschutz im Justiz- und Landwirtschaftsministerium
- Strategiegruppe III Gesundes Alter(n) des Kuratoriums Gesundheitswirtschaft des Landes M-V
- Verkehrssicherheitskommission, Verkehrsgesellschaft MV mbH
- Landeskoordinierungsgruppe „bürgerschaftliches Engagement“
- Medienkompetenz-Netzwerk, Medienaktiv M-V
- Aktionsbündnisses für Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern

- Forum Ländliche Entwicklung und Demografie“
- Kuratorium der Ehrenamtsstiftung M-V

16. Unsere weitere Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen BAG LSV überprüfen wir, um seniorenpolitische Themen auch auf die Tagesordnung der Politik auf der Bundesebene zu setzen und uns für deren Durchsetzung um Mehrheiten zu bemühen. Weiterführung von Erfahrungsaustauschen mit Landesseniorenvertretungen und Schaffung von Netzwerken mit gemeinsamen Interessen. Einbeziehung in die Fachtagung 13 Jahre SenMitwG M-V.

17. Ausbau der Beziehungen zu weiteren Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen in M-V (Europäisches Integrationszentrum, Erwerbslosengemeinschaft, Behindertenverband, Alzheimergesellschaft usw.) und bundesweiten Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen.

18. Durch eine Mitgliedschaft aktive Mitarbeit in den Vereinen und Initiativen Landesarmutskonferenz, Landesvereinigung für Gesundheitsförderung M-V e. V. und Haus der Begegnung Schwerin e. V.

19. Mitarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft Vorbereitung und Durchführung von Ehrenamtsmessen in M-V beim Deutschen Roten Kreuz Landesverband, bzw. in den Landkreisen.

20. Unterstützung der Ausbildung und Projektarbeit von seniorTrainern durch den Landesseniorenbeirat, die Seniorenbeiräte der Kommunen, der Landkreise und der kreisfreien Städte Arbeitsberatungen, Klausurtagungen und andere Veranstaltungen können sowohl als Präsenzveranstaltungen als auch Videokonferenzen organisiert und durchgeführt werden.

Banzkow, den 10.11.2022

Praxischeck ganz aktuell

Gesetz für Seniorenbeteiligung wirkt in unserem Bundesland

2010 führte Mecklenburg-Vorpommern als eines der ersten Bundesländer ein Seniorenmitwirkungsgesetz ein. Seitdem haben sich die Teilhabemöglichkeiten älterer Menschen verbessert.

Dazu sprach kürzlich im Landtag Sozialministerin Stefanie Drese. „Im Zusammenspiel des Seniorenmitwirkungsgesetzes und der darüber hinaus gehenden Projekte der Landesregierung wird eines deutlich: Die Teilhabe der Seniorinnen und Senioren im Land ist auf vielfältige Art und Weise über breite Themenge-

biete gesichert, gewünscht und geschätzt,“ sagte sie.

Dabei sehe das Seniorenmitwirkungsgesetz eine regelmäßige Überprüfung auf seine Wirksamkeit ausdrücklich vor. „Wir machen also kontinuierlich den Praxischeck und holen Stellungnahmen von allen relevanten seniorenpolitischen Akteuren und Institutionen ein,“ erklärte sie. Durch die gesetzlichen Bestimmungen würde das Engagement der Seniorenvertretungen im Land eine hohe Anerkennung erfahren und ihre wichtige Arbeit legitimiert.

Die Evaluation zeige: Der Anspruch der Seniorinnen und Senioren, sich kritisch und konstruktiv in die Gestaltung der Politik einzubringen, sei dadurch gewachsen.

Die Landesregierung unterstütze darüber hinaus viele weitere Projekte, die sich gezielt an Menschen ab 60 Jahren richten, zum Beispiel im Bereich Digitalisierung und Ehrenamt. „Auch in Zukunft fördern wir die aktive Beteiligung von Seniorinnen und Senioren am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben.“ ■

Gutes Leben auch im Alter

In vielen Orten gibt es bereits klare seniorenpolitische Leitbilder

„Die Seniorinnen und Senioren stellen die größte Bevölkerungsgruppe in unserem Land. Umso wichtiger ist es, für sie gute politische Rahmenbedingungen zu schaffen, damit das Leben in unserem Land auch bis in das hohe Alter lebenswert bleibt.“ Das betonte Gesundheitsministerin Stefanie Drese kürzlich in einer zum Thema „Für ein gutes Leben im Alter“ stattfindenden Debatte im Landtag.

Mit rund 565.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind über 35 Prozent der Gesamtbevölkerung in MV 60 Jahre oder älter. Mit einem Altersdurchschnitt von 47,7 Jahren liegen im Bundesvergleich nur Thüringen und Sachsen-Anhalt noch knapp darüber.

Drese betonte, dass es eine sehr gute Nachricht sei, dass viele Seniorinnen und Senioren aktiv bleiben und sich bürgerschaftlich engagieren. Von deren Wissen, Erfahrungen und Engagement profitiere unsere Ge-

sellschaft enorm. „Das weiterhin zu ermöglichen und zu unterstützen, ist Aufgabe der Politik auf den verschiedenen Ebenen.“ In vielen Städten und Gemeinden gebe es bereits dezidierte seniorenpolitische Leitbilder, „bei deren Entwicklung wir den Landkreisen und kreisfreien Städten helfen, etwa bei den Themen Wohnen im Alter, integrierte Ortsplanung oder auch bürgerschaftliches Engagement“.

Die Ministerin kündigte an, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Seniorenverbänden, der kommunalen Ebene, der Freien Wohlfahrtspflege und Patientinnen- und Patientenorganisationen sowie dem Landtag einen „Runden Tisch – gegen Einsamkeit im Alter“ ins Leben zu rufen. „Einsamkeit im Alter ist ein zunehmendes gesellschaftliches Problem“, verdeutlichte sie. „Wir wollen deshalb Strategien gegen Einsamkeit erarbeiten und so den Grundstein für ein landesweites Bündnis gegen Ein-

samkeit legen.“ Auch Engagement sei ein wichtiger Schlüssel, um Einsamkeit vorzubeugen, Teilhabe zu ermöglichen und Gemeinschaft zu fördern. „Deswegen setzen wir auch auf unsere Ausbildung zum seniorTrainer oder zur seniorTrainerin.“

Aktuell hätten fast 800 Seniorinnen und Senioren diese Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Sie engagieren sich nun beispielsweise beim Vorlesen in Kindertagesstätten, als Job- oder Familienpate oder als Wunsch-oma oder -opa.

Immer größere Bedeutung erfährt die digitale Teilhabe. Drese: „Deshalb fördern wir auch die Ausbildung zum ‚silverSurfer‘: Seniorinnen und Senioren helfen ihren Altersgenossen beim Umgang mit einem Smartphone, einem Tablet oder einem Computer, um zum Beispiel besser in Kontakt mit ihrer Familie bleiben zu können.“ ■

Bewegung mit hohem Stellenwert

6. Landeskonzferenz Sport und Gesundheit des Landessportbundes in Grimmen

Am 7. September fand in Grimmen die 6. Landeskonzferenz Gesundheit und Sport des Landessportbundes (LSB) statt. Den Landesseniorenbeirat vertrat Dr. Georg Weckbach. Im Fokus standen gesundheitsförderliche Bewegungs- und Sportangebote in Dörfern und Kleinstädten. Dabei ging es darum, wie bestehende Angebote die Menschen vor Ort besser erreichen, wie neue Angebote entstehen und wie die unterschiedlichen Fachleute ihre Ressourcen bündeln und Angebotsstrukturen optimieren können. In seinem Grußwort ging LSB-Präsident Andreas Bluhm auf die gegenwärtige Lage von Sportvereinen und des Sports ein und verwies auf die „Ham-

burger Erklärung“ der Sportministerkonferenz vom April dieses Jahres, die dem Sport eine zentrale Rolle bei der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen zuerkennt.

Es folgten Impulsvorträge zum Stellenwert von Bewegung im Gesundheitszieleprozess unseres Bundeslands und zur Einbindung von Bewegungsförderung in die kommunalen Präventionsstrategien. Die wichtigste Botschaft der Vortragenden war, dass Gesundheits- und Bewegungsförderung in allen Politikfeldern und in allen Ressorts der öffentlichen Verwaltung immer mitgedacht werden müssen.

Damit Bewegungsmöglichkeiten und Angebote im ländlichen Raum ihr ge-

undheitsförderndes Potenzial entfalten können, müssen die Zugangsschwellen für die Menschen, die sie nutzen möchten, so niedrig wie möglich gehalten werden. Entscheidend dabei ist die Mobilität im ländlichen Raum, die durch den Ausbau von Nahverkehrsangeboten gewährleistet werden muss. Für die Weiterentwicklung einer gesundheitsfördernden Angebotslandschaft im ländlichen Raum braucht es vor allem motivierte und engagierte Menschen, aber auch unterstützende Angebote und stabile kommunale Strukturen.

*Ulrich Pudschun
Dr. Georg Weckbach*

Langjährige Erfahrung aus der Praxis

Digitaler Fachtag: „Armut – ein nachhaltiges Thema!“

Die Menschen werden gegenwärtig von steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen überrannt. Gleichzeitig zeigt der letzte Sommer, wie sich unsere Umwelt mit und durch die Klimakrise verändert. Beide Probleme sind für die Menschen existenziell und treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders hart. Deshalb müssen künftig Klima- und Sozialpolitik sinnvoll und zwingend miteinander verzahnt werden und ineinander greifen. Ziel muss sein, dass Kli-

maschutz selbst weltweit Armut bekämpft.

Die Armutskonferenz M-V wollte auf ihrem jährlichen Fachtag Interessierte, Fachleute aus der Praxis und Verantwortliche aus Institutionen und der Politik miteinander ins Gespräch bringen und dem Thema Armut in M-V einen konkreten Ausdruck und Gestalt geben. In Impulsvorträgen wurden das Thema Klimaschutz in Bezug auf die 10 The-



sen der Nationalen Armutskonferenz für einen sozialen und ökologischen Neustart und die Situation in M-V aus der Sicht eines Armutsforschers sowie Erfahrungen aus der Praxis erörtert. Der Landesseniorenbeirat ist Mitglied der Landesarmutskonferenz und wird durch den Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich vertreten. Folgende Erklärung wurde im Ergebnis des Fachtages abgegeben. ■

Die ökologische Frage ist auch eine soziale Frage!

Landesarmutskonferenz fordert einen sozialen und ökologischen Neustart

Am Internationalen Tag zur Überwindung der Armut, dem 17.10.2022 hat die Landesarmutskonferenz Mecklenburg-Vorpommern zu dem Fachtag „Armut ein nachhaltiges Thema!“ eingeladen. Online haben Fachkräfte

und Politiker*innen über einen sozialen und ökologischen Neustart diskutiert.

Als Impulsgeberin referierte Astrid Schaffert vom Deutschen Caritasverband über zehn Thesen für einen so-

zialen und ökologischen Neustart, die 40 Verbände und Organisationen aus dem Umwelt- und Sozialbereich unterzeichnet haben. Es wurde deutlich: der Neuanfang kann nur als gemeinsames Vorhaben gelingen. Je

reicher die Haushalte, desto größer ist ihr CO₂-Verbrauch. Arme haben wenig und können wenig verbrauchen. Die ökologische Frage ist damit auch eine soziale Frage. 8 Millionen Sozialleistungsbeziehende sind eine Marktmacht. Mit den kleingerechneten Regelsätzen können sie jedoch nur das Billigste konsumieren.

Anschließend warf Dr. André Knabe vom Rostocker Institut für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e. V. den Blick auf Armut in M-V und warb für eine systematische Herangehensweise bei der Beseitigung von Armut.

Felix Behnert von der Straßensozialarbeit des Paulskirchenkellers in Schwerin gab einen Einblick in die Praxis sozialdiakonischer Jugendarbeit. Dort werden Teilhabemöglichkeiten für junge Menschen geschaffen, die auch unter der Nachhaltigkeitsperspektive organisiert werden. Angeregt durch die Impulsvorträge,

wurde insbesondere die Armutsquote von Mecklenburg-Vorpommern diskutiert und eine stärkere Vernetzung der Akteure angeregt, die für die Beseitigung von Armut eintreten. In dem abschließenden Gespräch mit den Politiker*innen wurden drei Aspekte für einen sozialen und ökologischen Neustart mit Hinblick auf Menschen mit geringen Einkommen betont:

- eine armutsfeste und dynamische Neuberechnung des Regelsatzes
- Einführung eines Armuts- und Reichtumsberichtes für M-V
- Schaffung von Anreizen zum effektiven Energiesparen für Bezieher*innen staatlicher Transferleistungen, unter anderem durch ein Bonussystem

Die ökologische Wende benötigt breite gesellschaftliche Akzeptanz. Die notwendigen Maßnahmen lösen bei vielen Menschen Ängste und existenzielle Sorgen aus. Wenn dem nicht mit Maßnahmen des sozialen

Ausgleichs und Sicherheitsgarantien des Staates begegnet wird, gefährdet dies nicht nur die Akzeptanz und das Gelingen des notwendigen ökologischen Umbaus, sondern in letzter Konsequenz auch den sozialen Frieden. Es wäre deshalb grundfalsch, die Sorgen der Menschen gegen notwendige Klima- und Umweltschutzmaßnahmen in Stellung zu bringen. Benno Gierlich, Sprecher der Landesarmutskonferenz, wies zum Abschluss darauf hin, dass „Umwelt-, Klima- und Energiekrisen einander seit Jahren in einem ständigen Kreislauf folgen. Dieser Ausnahmezustand muss ein Ende haben. Soziale und ökologische Verantwortung sind keine überraschende Tagesaufgabe, sondern ein Lebensthema für alle Menschen!“

Weitere Informationen:

Benno Gierlich, Sprecher der LAK M-V, Telefonnummer 0385 59179-55

Lebensphasen im Hintergrund

Aktionsbündnis: Gesundheitsförderung und Prävention jetzt erst recht stärken

Gesundheitsförderung und Prävention sind gerade auch in schwierigen Pandemiezeiten ein unverzichtbarer Bestandteil, um die Gesundheit und das Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Das ist ein Fazit, das die Mitglieder des Aktionsbündnisses für Gesundheit M-V auf ihrer Plenumsitzung in Güstrow zogen. Bei verschiedenen Projekten ist auch der Landessenorenbeirat aktiv, vertreten durch sein Vorstandsmitglied Dr. Georg Weckbach und den Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich.

Das Gremium befasste sich mit den Ergebnissen der „Enquete-Kommission zur Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ sowie mit der Konzeption zur Einführung einer „Landesstrategie Gesundheitsförderung und Präventi-

on“. Dafür wurden zwei Arbeitsgruppen gebildet, die mit Expert:innen aus den Mitgliedern des Aktionsbündnisses besetzt waren.

Gesundheitsministerin Stefanie Drese betonte, dass „wichtige Weichen für eine gesundheitsförderliche Gestaltung des Landes“ gestellt würden. Im Mittelpunkt einer solchen Strategie „sollte ein gesundes Leben für alle Menschen im Land stehen. Dazu zählt natürlich auch eine qualitativ hochwertige und flächendeckende medizinische Versorgung.“

Die 2019 vom Aktionsbündnis erarbeiteten und beschlossenen Gesundheitsziele sind nach diesen Lebensphasen differenziert: „Gesund aufwachsen“, „Gesund leben und arbeiten“ und „Gesund älter werden“. Dazu wurden die verschiedensten Projekte ins Leben gerufen – unter Mitwir-

kung des Landessenorenbeirats. Die Ziele, so das Aktionsbündnis für Gesundheit, seien jedoch nur durch die nachhaltige Etablierung von Strukturen und Netzwerken zu erreichen. Dies bekräftigte die Gesundheitsministerin.

Das Aktionsbündnis für Gesundheit M-V ist ein freiwilliger Zusammenschluss von mittlerweile 41 Akteuren mit gesundheitsförderlichem bzw. präventivem Bezug. Seit seiner Gründung 2008 spricht das Bündnis Empfehlungen an die Politik aus.

Seit 2017 verfolgt es den Auftrag, Gesundheitsziele für das Land festzulegen. Die Mitglieder treffen sich einmal jährlich zur Plenumsitzung, auf der die Ziele und Aufgaben des Aktionsbündnisses diskutiert sowie gemeinsame Beschlüsse verabschiedet werden. ■

Es braucht eine starke Zivilgesellschaft

Fachtagung der seniorTrainerinnen und seniorTrainer zu „Engagement und Demokratie“

Die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements stand im Fokus der Fachtagung, zu der der Landesseniorenring M-V rund 100 seniorTrainerinnen und seniorTrainer nach Schwerin ins Ludwig-Bölkow-Haus der IHK eingeladen hatte. Schwerpunkte der Fachvorträge und der Diskussion waren die Forderungen nach einer Landes-Engagementstrategie und nach Entbürokratisierung der Förderpraxis im Ehrenamt. Wenige Minuten vor Veranstaltungsbeginn erscheint Brigitte Seifert. Um an der Tagung teilnehmen zu können, ist die Leiterin der seniorTrainer-Agentur UER/MSE und Vorstandsmitglied des Landeseniorenbeirats um 6.40 Uhr in ihrem Heimatort ins Auto gestiegen, hat unterwegs noch drei Mitstreiterinnen eingesammelt – und findet diesen Aufwand gerechtfertigt. „Die Fachtagungen des Landesseniorenrings sind immer sehr interessant“, erklärt sie. „Ich nehme viel Wissen von diesen Zusammenkünften mit nach Hause, vor allem aber schätze ich den persönlichen Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit den anderen Aktiven aus ganz M-V.“ Sie erwarte, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihrer Forderung nach einer Landes-Engagementstrategie Nachdruck verleihen.

Helga Bomplitz, Vorsitzende des Landesrings M-V des Deutschen Seniorenrings, bekräftigt diese Forderung. „Die andauernde Ankündigungspolitik nervt und demotiviert“, sagt sie und appelliert an Landtag und Landesregierung: „Sonntagsreden helfen nicht weiter – was wir brauchen, ist eine Landes-Engagementstrategie.“ Gerade angesichts des Erstarkens rechtspopulistischer Kräfte brauche es eine starke Zivilgesellschaft. „Hier muss Politik



zeitnah agieren, wenn Engagementforderungen ernst gemeint sind!“

Dr. Holger Krimmer lenkt das Augenmerk der Tagungsgäste in die Zukunft. „Was müssen wir jetzt und heute tun, um zukunftsfähig zu sein?“, fragte der Geschäftsführer der ZiviZ gGmbH, die Orientierungs- und Trendwissen für Zivilgesellschaft, Förderlandschaft sowie Politik und Wirtschaft liefert. Zwar steige die Engagement-Quote, zugleich aber sinke die Bereitschaft zur Übernahme von Führungsaufgaben. Hinzu kämen der Bevölkerungsrückgang, die Überalterung der Gesellschaft und die wachsende soziale Ungleichheit. Dies alles stelle das Ehrenamt vor große Herausforderungen. „Wir brauchen neue Modelle zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation, die mit den Motiven und Engagementserwartungen der Bürgerinnen und Bürger vereinbar sind“, betont Krimmer.

„Ehrenamt ist nicht nur in Krisenzeiten wichtig“, betont Loring Sittler, Berater für Fragen des gesellschaftlichen Wandels. Er kritisiert, dass bürgerschaftliches Engagement vorrangig auf die Lösung sozialer Probleme reduziert werde, die die Politik nicht löse. „Wer bürgerschaftliches Engagement sagt, muss gesellschaftliches Engagement

meinen!“ Mindestens zehn Prozent des ehrenamtlichen Engagements muss sich seiner Ansicht nach auf drei Hauptforderungen an die Bundesregierung richten: Reformierung des Rentensystems, Stoppen der Verschuldung und Reform der Bildung. Sein Appell an die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer: „Empört euch! Engagiert euch!“

Jochen Schmidt, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, rät bei aller Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation zu mehr Gelassenheit. „Der

Demokratie als Regierungsform stimmen 88 Prozent der Bevölkerung in Deutschland zu“, betont er. Die Demokratie komme vielmehr durch ihre praktische Ausgestaltung unter Druck. „Es braucht mehr Bürger, die das demokratische System nicht nur akzeptieren, sondern mitgestalten wollen und können!“, so Schmidt. Hierfür sehe sich die Landeszentrale als Service- und Beratungsstelle.

Am Ende der Tagung ist Brigitte Seifert zufrieden. „Die Vorträge der Experten waren alle sehr informativ und inspirierend“, so ihr Fazit. Viele Einschätzungen deckten sich mit ihren Erfahrungen, wobei sie vor allem die Frage bewege, die Dr. Krimmer in den Raum gestellt habe: Was können wir heute schon tun, um ehrenamtliche Strukturen und Projekte für die Zukunft zu sichern? „Wenn die herkömmliche Vereinsstruktur nicht mehr funktioniert – welche Alternative gibt es?“ Auf jeden Fall brauche bürgerschaftliches Engagement verlässliche Rahmenbedingungen und strukturelle Förderung. „Der Meinungs-austausch geht schon auf der Heimfahrt weiter“, ist sich Brigitte Seifert sicher.

Claudia Richter, Landesring M/V des Deutschen Seniorenrings



Vitanas



Länger
besser
leben!

LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen
Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche
Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung
Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen
Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark
Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde
☎ (039771) 201 - 0 | www.vitanas.de/amtierpark

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 563 98 - 0 | www.vitanas.de/amkulturpark

Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 425 62 - 100 | www.vitanas.de/amkulturpark



Tee zieht immer

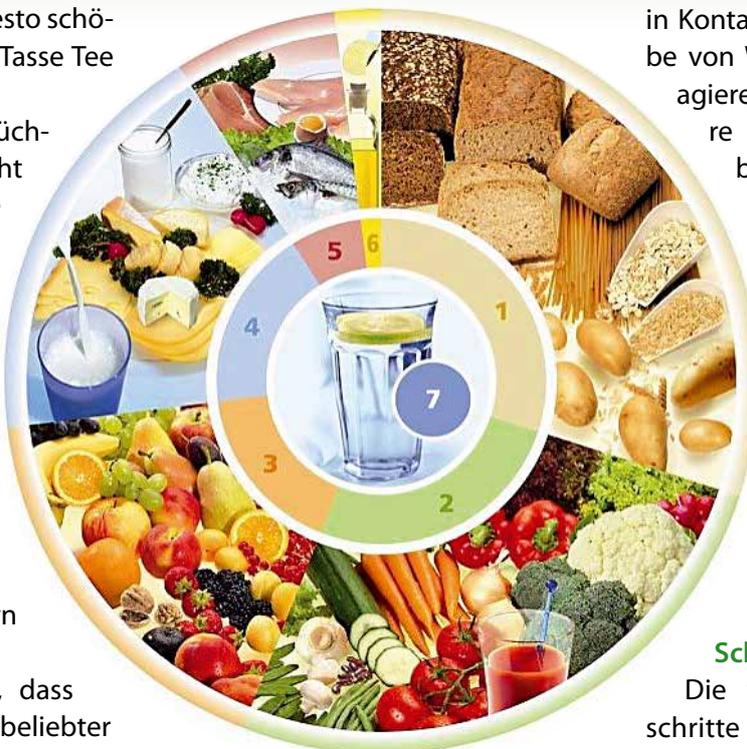
Mit weltweit beliebtem Getränk durch die kalte Jahreszeit

Je kälter es draußen wird, desto schöner ist es, es sich mit einer Tasse Tee gemütlich zu machen.

Ob grün, schwarz, weiß – Früchte oder Kräuter – Tee zieht bzw. geht immer. Denn Tee zählt weltweit zu den beliebtesten Getränken und das seit Jahrhunderten. 2021 wurden in Deutschland pro Kopf 42,7 Liter Kräuter- und Früchtetee sowie 28,8 Liter Schwarz- und Grüntee getrunken. Damit stieg der ohnehin schon hohe Pro-Kopf-Verbrauch von bisher 70 Litern auf jetzt 71,5 Liter im Jahr.

Starke Zahlen, die zeigen, dass der Tee auch bei uns immer beliebter wird. Kein Wunder, denn Tee bietet eine unendlich breite Variation an Geschmacksnuancen.

Selbst der Schwarz- und Grüntee bietet Aromen, die von blumig-weich bis kräftig-herb reichen. Ausschlaggebend für Aroma und Qualität des Tees sind neben der Pflanze selbst vor allem das Anbaugebiet, Klima und Bodenbeschaffenheit, die Lage, Erntezeit und die Verarbeitung.



DGE-Ernährungskreis

Als Stammpflanze des Tees gelten die Teesträucher *Camellia sinensis* und *Camellia assamica*. Eine Kreuzung der beiden Pflanzen ist heutzutage die Grundlage der meisten Teekulturen. Neben den beiden bedeutendsten Sorten, dem Schwarzen und dem Grünen Tee, gibt es noch eine Vielzahl von Spezialitäten, wie Oolong Tee, Weißen Tee, Gelben Tee und Pu-Erh Tee. Der Verarbeitungsprozess entscheidet, welche Teesorte entsteht.

Ein wichtiger Schritt bei der Verarbeitung ist die Fermentation (oder auch Gärung genannt). Sie dient in erster Linie der Optimierung und Intensivierung des Teearomas. Dabei werden die Teeblätter maschinell zerdrückt, d.h. durch Rollen aufgebrochen. Der Zellsaft des Blatts kommt mit Sauerstoff

in Kontakt und oxidiert. Unter Zugabe von Wärme und Feuchtigkeit reagieren dann Enzyme und andere Inhaltsstoffe des Tees, wobei sich das Blatt langsam von dunkelgrün bis kupferrot färbt. Dieser Prozess und vor allem die Länge dieser Fermentation, ist so wichtig für die Qualität des Tees, dass er von einem Fermentationsmeister überwacht wird. Durch die anschließende Trocknung wird das Teeblatt dann haltbar gemacht.

Schwarzer Tee

Die wesentlichen Herstellungsschritte bei der Produktion von Schwarzem Tee sind das Welken der Teeblätter, das Rollen, das Fermentieren, das Trocknen sowie das Sortieren.

Grüner Tee

Beim Grünen Tee wird die Fermentation verhindert. Die Herstellungsschritte beim Grünen Tee sind das Dämpfen (japanische Methode) oder Rösten (chinesische Methode) des frischen Blatts, durch das die grüne Farbe erhalten bleibt. Darauf folgen das Rollen, das Trocknen und das Sortieren. Im Anschluss werden die Blätter gerollt, getrocknet, gesiebt und sortiert.

Weißer Tee

Weißer Tee wird getrocknet und nur ganz wenig verarbeitet, so dass die Blattstruktur weitgehend erhalten bleibt. Dadurch bleiben die feinen Härchen am Blatt wodurch er nach der Trocknung eher weiß aussieht. Eine besondere Art des Weißen Tees ist der Pai Mu Tan, der nur in der chinesischen Provinz Fujian hergestellt wird.



Matcha Tee

Ursprünglich kommt der Matcha aus Japan. Das Wort „Macha“ heisst „gemahlener Tee“. Matcha ist der einzige Tee der mitgetrunken wird. Er ist feingemahlener Grüntee aus Tencha, auch Schatten-Tee genannt.

Die Teesträucher werden ca. 2 bis 3 Wochen vor der Ernte beschattet. Durch diese Maßnahme wird u.a. die Produktion des grünen Blattfarbstoffs Chlorophyll angeregt und der Matcha erhält dadurch seine intensive, charakteristische grüne Farbe. Nach dem Trocknen wird das Blatt nicht gerollt, sondern es werden die feinen Blattstiele und -adern entfernt. Dann wird der Tencha mit Mühlen langsam zu feinstem Pulver vermahlen, das dann Matcha genannt wird.

Oolong Tee

Oolong Tee ist ein halbfermentierter Tee, d.h. dass bei seiner Herstellung die frischen Teeblätter nur am Rand fermentieren. Je nach Qualität reicht die Geschmacksskala von malzig-brotig bis fruchtig-duftig, im Aroma erinnert er an reife Pfirsiche. Als fertiger Tee variiert die Farbe von bernsteingelb bis tieforange.

Pu-Erh Tee

Pu-Erh Tee, teilweise auch als „Roter Tee“ bezeichnet, ist eine Spezialität aus der chinesischen Provinz Yunnan. Pu-Erh erhält durch eine spezielle Nach-Fermentation seine dunkle, rötliche Farbe und den kräftigen, erdigen Geschmack.

Das spannende ist, dass man mit Tee auch köstliche Gerichte zaubern kann. Im Internet findet man unterschiedliche Ideen sowohl für Vorspeisen, Hauptgang, Dessert oder auch Cocktails. ■



Die Masche mit den alten Büchern

Verbraucherzentrale warnt vor Betrug mit Lexikasammlungen

Schon seit mehreren Jahren erreicht die Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern eine wachsende Anzahl von Anfragen von Verbraucher:innen, die Käufe angeblich werthaltiger Faksimile-Büchern bzw. der Vermarktung von Lexikasammlungen betreffen.

„Wie auch der so genannte Enkeltrick-Betrug handelt es sich hierbei um eine Masche, der vorwiegend ältere Menschen zum Opfer fallen“, erklärt Klaus Schmiedek, Fachbereichsleiter Recht bei der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern.

„Die finanziellen Folgen für die Betroffenen sind mitunter verheerend. Viele der Opfer schämen sich darüber, gutgläubig Opfer falscher Versprechungen geworden zu sein“, ergänzt der Jurist.

Doch worum geht es beim Verkauf so genannter „Faksimile-Bücher“ genau, wie funktioniert der Vertrieb der Bücher – und was ist das Problem bei der Sache?

Viele der geschädigten Verbraucher:innen, die bundesweit Hilfe bei den Ver-

braucherzentralen suchen, berichten, dass sie vor vielen Jahren teure Lexika-Reihen namhafter Anbieter gekauft haben, die heute noch in ihren Regalen stehen. Diese Lexikon-Reihen sind inzwischen in die Jahre gekommen, nicht mehr aktuell und somit faktisch ohne großen Marktwert. In Zeiten des Internets besteht für in die Jahre gekommene Nachschlagewerke einfach kein Markt mehr.



Hier treten dann Vertriebsmitarbeiter verschiedener Anbieter an die Verbraucher:innen heran, wobei noch immer geklärt wird, wie diese an die Adressen der damaligen Käufer gelangt sind. Den Besitzern der Lexika wird bei einem ersten Besuch vorgegaukelt, eigentlich seien die Buchsammlungen ja doch wertvoll, wenn sie noch um ein oder zwei so genann-

te „Faksimile-Bücher“ ergänzt würden. Zusammen mit diesen Büchern sei die Sammlung dann quasi vollständig und wertvoll und könne im Paket mit hohem Gewinn verkauft werden.

Die Faksimile-Bücher – hierbei handelt es sich um optisch sehr hochwertig aussehende Nachdrucke bekannter alter Werke, oft in wertvoll aussehenden Holzschatullen verpackt – werden dann von den Verkaufsmitarbeitern gleich verkauft, wobei Preise von bis zu 20.000,00 € pro Buch nicht nur gefordert, sondern bedauerlicherweise oft gezahlt werden. Denn den Verbraucher:innen wird eine ganz enorme Wertsteigerung der gesamten Sammlung versprochen. Sobald diese vollständig sei, könne die gesamte Buchsammlung zu sagenhaft anmutenden Preisen an Liebhaber hochwertiger Bücher verkauft werden.

Ist erst das erste Faksimile-Buch erworben folgen regelmäßig weitere Bücher, die nun auch noch gekauft wer-

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

den müssten, weil sie die Sammlung weiter im Wert steigen lassen würden. Ohne die weiteren Bände sei der Wert leider nicht so hoch, versprechen die psychologisch gut geschulten Verkäufer den Verbraucher:innen dann oft.

„Wir bearbeiten hier in Rostock mitunter Fälle, in denen die Geschädigten viele zehntausend, mitunter auch viele hunderttausend Euro für Faksimile-Bücher ausgegeben haben“, erklärt Schmiedek. Haben die Verbraucher:innen erst einmal ihr Ersparnis in die Bücher „investiert“, dann werden ihnen Kreditverträge verschiedener Bankinstitute vorgelegt, viele Verbraucher:innen verschulden sich tatsächlich noch im Rentenalter.

Häufig versuchen es die Verkäufer der Bücher dann mit einer weiteren Verkaufsmasche. Den Besitzern der Buchreihen wird erklärt, sie könnten in eine exklusive Liste von Buchverkäufern im Internet aufgenommen werden, über die zahlreiche Kaufinteressenten dann Gebote für die wertvollen Sammlungen abgeben würden.

Der Verkauf der gesamten Sammlung, so wird im Verkaufsgespräch suggeriert, sei dann kein Problem mehr. Auch die Aufnahme in diese Liste kostet die Verbraucher:innen dann nochmals mehrere Tausend Euro. „Unsere Rechtsberater:innen beraten häufig Rentner und Rentnerinnen, die sich durch den Kauf von Faksimile-Büchern oder die Eintragung in Verkaufs-Listen finanziell vollkommen ruiniert haben“, erklärt Schmiedek. Oft bleibe als letzter Ausweg nur noch eine Verbraucherinsolvenz, mit der zwar Schulden erledigt werden könnten, die aus den Buchgeschäften resultieren. Aber die verschwundenen Ersparnisse, mitunter das gesamte finanzielle Lebenswerk von vielen Jah-

ren Arbeit, bleibt auch nach einer Verbraucherinsolvenz unrettbar verloren. Die Buchkäufer stehen, oft im fortgeschrittenen Alter, finanziell ruiniert da. Zu dem Verlust des Geldes und der Scham darüber, dass die eigene Gutgläubigkeit so schäbig ausgenutzt worden ist, kommt oftmals ein kompletter Vertrauensverlust der Geschädigten, die oftmals auch im engsten Freundes- oder Verwandtenkreis nicht darüber reden, dass sie sich die Faksimile-Bücher haben aufdrängen lassen und finanziell inzwischen in Schwierigkeiten sind. Bundesweit wird der durch die Bücher entstandene Schaden aller Betroffenen

auf über 100 Millionen Euro geschätzt.

Denn die „wertvollen“ Bücher sind weder annähernd so wertvoll, wie es ihr Verkaufspreis vermuten lässt,



Foto:
© Verbraucherzentrale
Mecklenburg-Vorpommern

noch sind sie gesucht oder gar mit Gewinn zu verkaufen. Recherchen bei Antiquariaten und auch Sachverständigengutachten in Gerichtsprozessen, in denen der vermeintlich hohe Wert der Bücher dann untersucht wurde, kommen hier zu verheerenden Ergebnissen. Die Bücher sind bestenfalls einen Bruchteil von dem wert, was sie die Erwerber:innen gekostet haben. Zudem gibt es keine ernsthaften Kaufinteressenten, natürlich auch nicht über die teuer verkauften Internetplattformen. Rechtlich ist den Verkäufern hierbei oft schwer beizukommen. Denn die mehrseitigen Kaufverträge enthalten oft irgendwo kleingedruckt im

Fließtext den Hinweis, dass die Bücher „zur Wertanlage nicht geeignet seien“. Natürlich liest niemand das Kleingedruckte und natürlich wurde den Kaufinteressenten mündlich etwas Anderes zugesichert. Dies zu beweisen ist jedoch oftmals unmöglich. Rechtlich möglich ist grundsätzlich der Widerruf eines in den Privaträumen der Verbraucher:innen abgeschlossenen Vertrages innerhalb von 14 Tagen. Aber auch dies versuchen die Verkäufer mit verschiedenen Tricks oft zu umgehen. Ebenfalls rechtlich möglich ist mitunter auch die Feststellung der Nichtigkeit des Kaufvertrages wegen Wuchers. Dies kann jedoch nur gerichtlich überprüft werden. „Ein solches Gerichtsverfahren sollte wegen des erheblichen Kostenrisikos jedoch nur geführt werden, wenn eine Rechtschutzversicherung die Kosten übernimmt und ein qualifizierter Anwalt den Fall geprüft hat“, warnt die Verbraucherzentrale. Letztlich gibt es nur einen Weg, sich vor dieser Masche zu schützen. „Lassen Sie sich unter keinen Umständen zum Erwerb von „Faksimile-Büchern“ überreden, wenn Ihnen erklärt wird, dass diese eine vorhandene Buchsammlung komplettieren und verkäuflich machen würden. Lassen Sie sich auch nicht dazu überreden, irgendwelche kostenpflichtigen Verträge über den Verkauf ihrer Bücher, sei es mittels einer Internet-Plattform oder auf andere Art und Weise, abzuschließen. Verweisen Sie die oft sehr hartnäckigen und regelmäßig wieder auftauchenden Verkäufer Ihrer Wohnung. Machen Sie sich klar, dass die Ihnen angebotenen Bücher vollkommen übersteuert sind und niemals dazu geeignet sind, eine an sich wertlose Sammlung von Nachschlagewerken zu komplettieren“, warnt Schmiedek und weist darauf hin, dass inzwischen bundesweit Staatsanwaltschaften Ermittlungsverfahren gegen Firmen eingeleitet haben, die übersteuerte Faksimile-Bücher verkaufen. ■

Kriminalprävention der Landespolizei MV

Arbeitsberatung der Seniorensicherheitsberater*innen

Nach dreijähriger Corona bedingter Pause hat am 26.10.2022 in den Räumen des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung MV die Arbeitsberatung der Seniorensicherheitsberater*innen stattgefunden. Anwesend waren neben den Seniorensicherheitsberater*innen der Landespolizei MV auch Vertreter der Landespolizei und der Kommunalen Präventionsräte, Mitglieder der Arbeitsgruppe Seniorensicherheit sowie die Mitglieder der Arbeitsgruppe Seniorensicherheit des Landessenorenbeirats. Leider sind durch Corona auch die Anzahl der Veranstaltungen zur Beratung älterer Bürger durch die Seniorensicherheitsberater drastisch zurückgegangen. Gegenüber der Vor-Corona-Zeit wurden in diesem Jahr erst 50 Prozent der Veranstaltungen und auch der Teilnehmer erreicht. Gleichzeitig benötigen wir auch wieder Verstärkung bei den Seniorensicherheitsberatern. Hier bitten wir die Polizeiinspektionen um Unterstützung zur Gewinnung neuer Berater.

Einen Überblick über ausgewählte Bereiche der Polizeilichen Kriminalstatistik 2021 gab das Landeskriminalamt MV.

Rückläufiger Trend setzt sich fort
Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich der abnehmende Trend in der Summe aller Straftaten vorsetzt. Auch im Jahr 2021 ist ein Rückgang von 1,4% zu verzeichnen. Als Gründe für den stetigen Rückgang



SENIOREN SICHERHEITS BERATER MV

können hier z.B. Fortschritte im Zusammenhang mit der Kriminalitätsbekämpfung, einschließlich Kriminalprävention genannt werden. Vor allem eine hohe Wahrscheinlichkeit, gefasst zu werden, schreckt potenzielle Straftäter ab. Auf der anderen Seite trägt die kontinuierliche Präventionsarbeit der Polizei dazu bei, dass potenzielle Opfer immer besser gewappnet sind, Straftaten selbst zu vereiteln.

Anstieg bei Trickstraftaten

In den vergangenen Jahren ist ein kontinuierlicher Anstieg der angezeigten Trickstraftaten zum Nachteil älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen.

Im Jahr 2021 wurden mit 2.749 angezeigten Fällen 88 mehr Fälle als im Vorjahr registriert. Zudem ist ein deutlicher Anstieg der Schadenssummen um 65 % auf über 2,9 Mio EUR zu verzeichnen.

Trotz der insgesamt steigenden Fallzahlen bleibt ein Großteil der Taten im Versuchsstadium stecken. Dies ist insbesondere auf eine höhere Sensibilisierung in der Bevölkerung und ein verbessertes Anzeigeverhalten

zurückführen. Ein Indiz für gute Präventionsarbeit der Landespolizei MV aber auch der Seniorensicherheitsberater*innen (SSB). Diese sind ein wichtiges Standbein in der Präventionsarbeit mit der Zielgruppe der Generation 60+.

Leitfaden Seniorensicherheitsberater*innen MV

Um die Arbeit der SSB noch intensiver zu unterstützen und einen einheitlichen Standard in der Arbeit mit der Generation 60+ zu gewährleisten, wurde durch das LKA MV ein Leitfaden erstellt. Der Leitfaden soll den Seniorensicherheitsberatern zur Informations- und Wissensvermittlung in den Bereichen Kriminal- und Verkehrsprävention dienen sowie als Handwerkzeug für die tägliche Arbeit. Ein Padlet (digitale Pinnwand) ergänzt den Leitfaden.

Im Anschluss wurde konstruktiv über das Projekt diskutiert und Verbesserungsvorschläge eingebracht. Diese gilt es nun zeitnah umzusetzen. Alle Beteiligten freuen sich auf den Austausch im nächsten Jahr.

Weitere Hinweise und Tipps erhalten Sie hier:



www.polizei-beratung.de

Projekt Seniorensicherheitsberater wird gefördert durch:

PROVINZIAL
und

**Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung
Mecklenburg-Vorpommern**

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de



Mehr Anerkennung für Pflegende

BAGSO: Bessere Vereinbarung mit dem Beruf

In Verbindung mit dem Europäischen Tag der pflegenden Angehörigen am 6. Oktober forderte die BAGSO mehr Anerkennung und Unterstützung für pflegende Angehörige. Dazu zählt auch eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

Die BAGSO setzt sich für die Einführung einer Pflegezeit analog zur Elternzeit ein. Der unabhängige Beirat der Bundesregierung für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf hatte im August Empfehlungen für die Ausgestaltung einer solchen Familienpflegezeit und eines Familienpflegegeldes vorgelegt. Die BAGSO appelliert

an die Bundesregierung, Pflegezeit und Pflegegeld noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen.

Rund 52 Millionen Menschen in der Europäischen Union leisten regelmäßig Pflege für Familienangehörige oder nahestehende Personen.

In Deutschland werden etwa 80 Prozent der Pflegebedürftigen von pflegenden Angehörigen versorgt, zum großen Teil ohne Unterstützung durch professionelle Pflegedienste.

Trotz ihres immensen Beitrags zum Wohle der Gesellschaft bleiben pflegende Angehörige – darunter mehrheitlich Frauen – in der Öffentlichkeit weitgehend unsichtbar.

Sie sind deutlich häufiger von Armut betroffen und haben oft nur eingeschränkten Zugang zu bedarfsge-

rechten Unterstützungsangeboten. Die Europäische Kommission verwies in der kürzlich veröffentlichten Pflegestrategie (EU Care Strategy) darauf, dass pflegende Angehörige die meiste Pflegearbeit übernehmen und dafür hohe eigene Kosten tragen.

Den EU-Mitgliedsstaaten wird deshalb empfohlen, pflegende Angehörige finanziell und psychosozial zu unterstützen. Dabei sollen auch Maßnahmen ergriffen werden, die pflegenden Angehörigen eine Beteiligung am Arbeitsmarkt ermöglichen.

Empfehlungen des Beirats für die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege unter:

<https://www.bagso.de/themen/pflege/angehoerige/pflegezeit-analog-zur-elternzeit/>

Stimme der Älteren unüberhörbar

Nachbarschaftstische mit erstaunlich eigenem Charakter

Gesundheit kann bis ins hohe Alter positiv beeinflusst werden. Das gilt auch, wenn Menschen unter schwierigen Bedingungen leben und ihre gesundheitlichen Risiken hoch sind.

Niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsförderung waren das Thema der BAGSO-Fachtagung „Gesunde Lebenswelten schaffen für alle Zielgruppen älterer Menschen“ in Bonn. Vor rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den BAGSO-Mitgliedsverbänden rief die Vorsitzende Dr. Regina Görner dazu auf, „als Stimme der Älteren unüberhörbar“ zu werden.

Auf der vorausgegangenen Mitgliederversammlung hatte die Vorsitzende hervorgehoben: „Gerade in Zeiten

von Krieg und Krisen sind Orte der Begegnung und des Austauschs besonders wichtig. Kommunikation von Mensch zu Mensch muss an jeder Milchkanne möglich sein!“

Zustimmung fand der Vorschlag, gemeinsam mit den BAGSO-Ortsverbänden in den Kommunen aktiv zu werden, damit ein Leben ohne Internet möglich bleibt.

Dass neben einer ausgewogenen Ernährung und altersgerechter Bewegung auch soziale Kontakte ein Schlüssel für Lebensqualität und Wohlbefinden im Alter sind, war eine wichtige Botschaft der Fachtagung. Auf welchen Wegen Menschen erreicht werden können, die zum Beispiel sozial isoliert leben oder eine Zuwanderungsgeschichte haben, wurde

in einem intensiven Erfahrungsaustausch erörtert.

Erste Erfahrungen mit sechs Nachbarschaftstischen gibt es derzeit in Schleswig-Holstein, im Saarland und in Rheinland-Pfalz:

Nachbarinnen und Nachbarn laden kleine Gruppen älterer Menschen zu einem gemeinsamen Essen zu sich nach Hause ein.

In Schleswig-Holstein haben sich Nachbarschaftstische mit jeweils ganz eigenem Charakter gebildet.

So richtet sich einer speziell an Menschen mit geringen Renten, die das Angebot der Tafel nutzen. Diese Form einer gemeinsamen Mahlzeit soll auch für ältere Menschen aus anderen Kulturkreisen angeboten werden. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Tagespflege mit Abwechslung

Der Seniorenbeirat Seebad Ueckermünde besucht regelmäßig Pflegeeinrichtungen der Stadt und in der näheren Umgebung, um sich über die Betreuung der dortigen Bewohner vor Ort zu überzeugen.

Jüngst stand der Besuch der Tagespflege „Peter Kolata“ auf dem Programm. Dessen Sohn Holm Kolata war es wichtig, dass die Pflegeeinrichtung den Namen seines Vaters trägt, da jener sich ein Leben lang für die Gesundheit eingesetzt hatte. Auf 500 Quadratmetern können 35 Besucher von Montag bis Freitag von 6.30 bis 18.00 Uhr und am Wochenende von 9.00 bis 16.00 Uhr betreut werden. Um den Tagesablauf möglichst abwechslungsreich zu gestalten, bietet die Einrichtung eine Vielzahl von



Holm Kolata (stehend) stellt seine Einrichtung vor.

Möglichkeiten. Die großen Räume sind mit Akustikdecken zur Verbesserung der Nachhallzeit versehen. Eine Seidentapete mit typischen Motiven der siebziger Jahre wurde angebracht, und ein Kronleuchter sorgt für angenehme Beleuchtung. Allen sind die Sammeltassen bekannt, die bei Festlichkeiten und Geburtstagen zum Einsatz kommen.

Zum Training der Motorik gehören auch das gemeinsame Kuchenbacken und das Kochen beliebter Speisen.

Die gefertigten Produkte werden anschließend gemeinsam verspeist. Angeboten werden außerdem gemeinsame Besuche des Strandes, des Tierparks sowie des Botanischen Gartens in Christiansberg sowie Hafrundfahrten.

Zusätzliche Kosten trägt die Einrichtung. Die Tagesgäste werden morgens durch den Fahrdienst abgeholt.

Die Körperpflege nehmen die Mitarbeiterinnen der Einrichtung vor, dann erfolgt das gemeinsame Frühstück. Nach dem ereignisreichen Tag werden die Senioren nach Hause gebracht.

Manfred Quäger

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

Fünf Jahre „Gartenglück“

Mitte Oktober fand im Stralsunder Zoo in Anwesenheit von Direktor Dr. Langner eine Feier zum fünfjährigen Bestehen des dortigen Seniorengartens „Gartenglück“ statt.

Er ist ein Projekt des Fördervereins des Seniorenbeirats der Hansestadt und wurde von der Projektleiterin Angelika Kuhn und ihrem Team aufgebaut. Beiratsvorsitzender Dr. Buchholz würdigte eingangs deren Arbeit, während Angelika Kuhn die gute Kooperation mit dem Montessori-Kinderhaus Stralsund erwähnte. Als weitere Sponsorin war Gabi Wiczorek von der Kräuterschule Rügen „kraut & mehr“ anwesend; sie hatte die Schaffung eines Kräuterpfades in-



Foto: Rainer Giese

itiert. Für das leibliche Wohl sorgte das Zoo-Bistro „Delikater“.

Wer Interesse am „Gartenglück“ hat, melde sich gern beim Seniorenbeirat

telefonisch unter der Nummer 03831-302018.

*Brigitta Tornow
Seniorenbeirat Stralsund*

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG



Landkreis
Nordwestmecklenburg
wo die Seele lächelt...

1100. Ehrenamtskarte vergeben

In der Hansestadt Wismar wurden Anfang November 22 Frauen und drei Männer aus den Ehrenamtsbereichen Altstadtverein, Integration, Volkssolidarität, Demokratischer Frauenbund, Ehrenamt Schule, Ehrenamt Pflege sowie des Seniorenbeirats für ihre langjährige Tätigkeit mit der Ehrenamtskarte Mecklenburg-Vorpommern geehrt. Lilly Meyer freute sich besonders, denn sie ist die stolze Besitzerin der 1100sten Ehrenamtskarte im Landkreis. Mit Hinweis auf die Bedeutung des Ehrenamts und Worten des Dankes für ihre Jahrzehnte lange und zuverlässige Tätigkeit würdigten die Vorsitzende des Stadt seniorenbeirats, Karin Lechner, deren Stellver-

treterin Beate Wahlandt sowie Carina Braatz von der MitMachZentrale Nordwestmecklenburg das Engage-

ment der Ausgezeichneten. Carina Braatz: „Von Herzen Danke für so viel Engagement, es ist wichtig für unser Zusammenleben, dass Menschen sich engagieren und wir gut miteinander leben können.“

Die landesweite Ehrenamtskarte ist ein Dankeschön an alle Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren und so einen großen Beitrag für den Zusammenhalt in unserem Bundesland leisten.

Karin Lechner: „Dies sollte in der Öffentlichkeit größere Beachtung finden, um ein noch größeres Interesse und Bereitschaft für eine ehrenamtliche Arbeit zu wecken.“



V. l. n. r.: vorn Ruth Kruggel, Erika Godemann, Rose Marie Archut und Heidemarie Schult; hinten Beate Wahlandt, Carina Braatz, Karin Lechner und Lilly Meier Foto: MMZ NWM

MitMachZentrale
Nordwestmecklenburg

Nach Lüneburg kommt Schweden

Die Mitglieder des Seniorenbeirats Wismar konnten nach zweijähriger Pause wieder eine gemeinsame Weiterbildungsreise starten. Die Zusammenarbeit mit dem Büro der Bürgerschaft in der Hansestadt stand dabei unter einem besonderen Stern: Die Reise, das Hotel, der Stadtrundgang und vieles mehr – alles wurde im Büro vorbereitet.

Auch in den vergangenen Jahren konnten wir Senioren in aller Ruhe Schulungen und Erfahrungsaustausche durchführen und dabei neue Städte und deren Schönheiten kennenlernen.

Nun hatte uns der langjährige gute Kontakt zu den Senioren aus Schweden neugierig gemacht.

Der Seniorenbeirat aus Kalmar lud auf dem diesjährigen Wismarer Schweden-



fest die Mitglieder des hiesigen Seniorenbeirats ein. Gerade, weil die Arbeitsweise in Schweden anders ist als hier, sind wir sehr gespannt. Mit einem eigenen Bus werden wir von den Senioren aus Schweden in Wismar abgeholt, um bei einem dreitägigen Besuch Erfahrungen auszutauschen.

Es ist wichtig, den Ehrenamtlichen ein lebenslanges Lernen zu ermöglichen, denn auch so kann man sie für ihre Mitwirkung begeistern. Der Verwaltung ist daran gelegen, dass unser Seniorenbeirat mit Seniorenbeiräten aus anderen Orten in Erfahrungsaustausch tritt, und unterstützt dies finanziell – auch als ein Dankeschön für uns als Mitglieder.

Karin Lechner

HANSESTADT ROSTOCK

Feier zum Tag der älteren Menschen

Mehr als 60.000 Menschen unserer Stadt sind älter als 60 Jahre, das heißt, der Seniorenbeirat der Hanse- und Universitätsstadt ist Ansprechpartner für weit mehr als 30 Prozent der Rostocker Bevölkerung. Der Seniorenbeirat koordiniert

ortsteilübergreifend die Interessen, Anliegen, Kritiken und Belange seiner älteren Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Stadtverwaltung und vertritt Rostock im Landesseniorenbeirat. Wir sind bestrebt, für ältere Menschen Lebensbedingungen zu schaffen, um ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben nach ihren Bedürfnissen und Wünschen zu führen. Ältere Menschen sind für die Gesellschaft keine Belastung, sondern die Grundlage für die Vermittlung von Erfahrungen, Kenntnissen und Weisheiten.

Drei Tage nach dem diesjährigen „Internationalen Tag der älteren Menschen“ (1. Oktober) feierte diesen der Beirat mit vielen Gästen im Lichtspieltheater „Wundervoll – Metropol“; kulturelle Umrahmung boten „Dei Platt Komedi“ und eine Filmvorführung „Mittagsstunde“. Bürgerschaftspräsidentin Regine Lück unterstrich in ihrem Grußwort die Notwendigkeit einer weiteren Förderung der Belange



Mitwirkende der Festveranstaltung

älterer Menschen in unserer Stadt. Wir berichteten über Schwerpunkte der Arbeit unseres Gremiums und tauschten uns über Themen der Kommunalpolitik aus. Gemeinsam sind schon wichtige Fortschritte erzielt worden, es besteht jedoch weiterer Handlungs- und Unterstützungsbedarf, denn eine Gesellschaft des langen Lebens bietet viele neue Möglichkeiten und Entwicklungschancen. In den vergangenen Jahren wurde in den neun Rostocker Stadtteil- und Begegnungszentren schon eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote für ältere Menschen initiiert. Da diese Aktivitäten überwiegend ehrenamtlich getragen werden, ist eine weitere Unterstützung auf allen Ebenen von Stadtpolitik und Stadtverwaltung notwendig. Dazu gehören die Förderung von bezahlbarem Wohnraum, die Umsetzung effektiver Maßnahmen gegen Altersarmut, die Entwicklung eines Generationsbündnisses für Klima- und Umweltschutz sowie

gemeinsame Aktivitäten für Frieden und Generationengerechtigkeit.

Ein weiteres Problem für Ältere ist die Zunahme ausschließlich digitaler Angebote. So werden beispielsweise Termine von Ämtern und Einrichtungen teilweise oder

ausschließlich online vergeben. Dazu fehlt einem Teil der älteren Menschen nicht nur die Sachkenntnis, sondern auch die dafür notwendige Technik. Daher sind dringend Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Wohnumfeld nötig, die nicht nur einmal wöchentlich und ehrenamtlich zur Verfügung stehen. Derartige Strukturen in Vernetzung mit bereits vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangeboten, wie etwa den Pflegestützpunkten, wären ein hilfreiches Instrument zur Sicherung von Teilhabe und könnten einen umfassenden Beitrag zur Verbesserung der Generationengerechtigkeit leisten. Der Seniorenbeirat der Hanse- und Universitätsstadt Rostock mit seinen Arbeitsgruppen begleitet einen solchen Entwicklungsprozess und unterstützt ihn nach Kräften.

*Rita Bohk, amtierende
Vorsitzende des Seniorenbeirats
Regina Witte,
Leiterin der AG Digitalisierung*

Im Rahmen des Bundesmodellprojekts „Zukunftswerkstatt“ trafen sich vor kurzem die Seniorenbeiräte aus Neubrandenburg und Ludwigslust in Neubrandenburg zu einem Erfahrungsaustausch. Getroffen haben wir uns im Mehrgenerationenhaus und wurden

dort herzlich empfangen. Nach der persönlichen Vorstellung beider Beiräte und der Absteckung eines Zeitrahmens begann der Vorsitzende aus Neubrandenburg Peter Lundershausen mit einer Präsentation und stellte die Stadt und den Seniorenbeirat vor.

Das umfassende Zahlen- und Bildmaterial machte deutlich, was unsere beiden Städte unterscheidet, nämlich die Größe der Stadt mit ihren rund 64.000 Einwohnern und dem aus 28 Mitglie-

Fortsetzung von Seite 25

dem bestehenden Seniorenbeirat. Mit seinem Logo, dem Slogan „Mitwirken, Mitgestalten und Mitbestimmen“, dem vorhandenen Leitbild, der Altersstruktur, die ähnlich wie in Ludwigslust ist, wurde erläutert, dass die Mitglieder aus 20 Vereinen und Verbänden bestehen und sich so durch Netzwerk- und nicht durch Basisarbeit definiert.

Der Seniorenbeirat aus Ludwigslust hat nach der Vorstellung der Stadt mit seinen rund 12.000 Einwohnern und zwölf Mitgliedern aus vier Vereinen und Verbänden sowie Einzelpersonen erläutert, dass er sich in seiner fundierten Basisarbeit schwerpunktmäßig der Barrierefreiheit und Mobilität widmet. Verschiedene Projekte, wie Stadtbänke, barrierearmes Gehen durch die Stadt (Straßenprojekt) mit



Teilnehmer des Kooperationstreffens

seinen Querungen in der historischen Innenstadt sowie einheitliche Fahrradständer, begleiten die Tätigkeit. In lockerer Runde haben wir die Unterschiede diskutiert, und jetzt gilt es, die Erfahrungen in die Arbeit zu integrieren oder neue Gedanken für die eigene Arbeit mitzunehmen und weiterzuentwickeln.

Festgeschrieben ist die Arbeit beider Beiräte in Dokumenten der Stadtver-

tretungen, und diese bilden die Basis des Mitwirkens in der Stadt. Die Teilnahme an Ausschusssitzungen und das Rederecht in diesen zeigten ebenfalls Unterschiede in der Arbeit beider Seniorenbeiräte, jedoch auch das Mitspracherecht an geplanten baulichen Vorhaben und Veränderungen.

Beide Seniorenbeiräte stellten ihre Zusammenarbeit mit anderen städtischen Beiräten dar. Betont wurde, dass die Arbeit eines Seniorenbeirats der Förderung des Wohlbefindens der Senior*innen der Stadt dienen muss.

Ein weiteres Treffen wurde für das kommende Jahr in Ludwigslust vereinbart. Danke dem Neubrandenburger Seniorenbeirat für die herzliche Aufnahme und die Teilhabe an ihrer Arbeit.

Therese Holm

Vorsitzende des Seniorenbeirats

Ludwigslust

Zwei Jahre „Digitales Kaffeekränzchen“

Im Jahr 2019 wurde durch den Landkreis Ludwigslust/Parchim eine Projektinitiative zur „Förderung der Digitalisierung im ländlichen Raum“ entwickelt. Mein Projektvorschlag wurde angenommen, und so entstand ein Jahr später, im Oktober 2020, das „Digitale Kaffeekränzchen“ in Plate. Es war darauf gerichtet, der älteren Generation die

Angst vor dem Phänomen Internet zu nehmen und den angstlosen Umgang sowie die Handhabung ihrer Handys besser kennenzulernen. Nach dem Projektende 2021 war das Interesse der älteren Menschen aus der Gemeinde derart gewachsen, dass wir beschlossen, gemeinsam mit dem Bürgermeister, diese Fortbildungskurse weiter zu führen.

Inzwischen ist das Kaffeekränzchen ein fester Bestandteil in Plate, Consrade und Peckatel geworden.

Es entstanden vier Gruppen mit jeweils zehn Teilnehmern, wobei jeden Donnerstag zwei Gruppen im Wech-



sel von 14 Tagen an den Kursen teilnehmen – egal, ob es stürmt, schneit oder sogar 34 Grad Celsius im Schatten sind. Die Motivation und der Ehrgeiz der Seniorinnen und Senioren sind enorm hoch.

Anlässlich des Jubiläums trafen sich die vier Teams erstmalig zu einer geselligen Feierstunde. Schon die Vorbereitung war eine Freude. Aus jedem Team kam Unterstützung in Form von selbst gestaltetem Tischschmuck, herrlichen Kuchen und schön dekorierten Obstplatten. Das Projekt war ein voller Erfolg. Innerhalb der vergangenen zwei Jahre haben die Senioren

eine bessere Beziehung zu ihren Handys aufgebaut und dadurch ein anderes Selbstwertgefühl entwickelt.

Das aufgebaute Selbstbewusstsein trug dazu bei, dass die ältere Generation voller Interesse mit viel Freude neue Anwendungen ausprobieren und mächtig stolz auf ihr erlangtes Wissen ist.

Die Kursteilnehmer haben sich besser kennengelernt und führen einen regen Erfahrungsaustausch. Ihre einstimmige Meinung lautet, dass diese digitale Ausbildung weitergeführt werden sollte.

Das bestätigt auch Projektkoordinatorin Teresa Hildwein vom Landkreis, die von Beginn an unser Projekt begleitet und uns unterstützt hat. Als Ehrengast nahm sie an der gemütlichen Feierstunde teil und befürwortete ebenfalls die Weiterführung des „Digitalen Kaffeekränzchens“.

Projekt-Koordinatorin Doris Schmid

Vorstandsmitglied im Kreissenorenbeirat

LANDKREIS ROSTOCK

Tag des älteren Menschen im Landkreis Rostock



**Landkreis
Rostock**
So weit. So gut.

Am 4. Oktober 2022 fand in Bad Doberan der Tag des älteren Menschen statt, organisiert vom Seniorenbeirat des Landkreises Rostock, unter Leitung des Vorsitzenden Jürgen Lorenz. Eingeladen waren Mitglieder der Seniorenbeiräte aus den Gemeinden, um den Tag gemeinsam zu begehen. Als Gäste konnten wir die Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport, Stefanie Drese, die Leiterin des Sozialamtes des Landkreises Rostock, Ina-Maria Fahning, die stellvertretende Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern, Brigitte Seifert, den Geschäftsführer der Rebus GmbH, Thomas Nienkerk, den Integrationsbeauftragten des Landkreises Rostock, Roman Stieler und die Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE des Kreistages des Landkreises Rostock, Karin Schmidt, recht herzlich begrüßen.

Ministerin Drese betonte in ihrer Rede, dass der Tag des älteren Menschen auf die Situation der Seniorinnen und Senioren aufmerksam macht und ein Bewusstsein für die Frage schaffen soll, wie ein gutes Leben im Alter aussehen kann. Der Tag des älteren Menschen ist ein internationaler Feiertag, welcher auf Beschluss der Vereinten Nationen seit 1991 jedes Jahr begangen wird. Er steht in diesem Jahr unter dem Motto: „Gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit“.

Die demographische Entwicklung im Land und im Landkreis zeigt auf, dass der Anteil der älteren Menschen stetig wächst. Die Gruppe der über 60-Jährigen macht heute allein mehr als 35 % der Gesamtbevölkerung im Land Mecklenburg-Vorpommern aus. Stefanie Drese betonte dazu, dass dieser demografische Wandel gerade hier bei uns sehr präsent ist, weiter voranschreitet und damit eine echte Herausforderung für uns alle darstellt. Dies ist als positives Zei-



Teilnehmer von links nach rechts: Brigitte Seifert – stellvertretende Vorsitzende Landesseniorenbeirat MV, Jürgen Lorenz – Vorsitzender Seniorenbeirat Landkreis Rostock, Stefanie Drese – Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport in MV, Thomas Nienkerk – Geschäftsführer REBUS GmbH, Ina-Maria Fahning – Leiterin Sozialamt Landkreis Rostock, Roman Stieler – Integrationsbeauftragter Landkreis Rostock

Foto: Maria Jonas

chen zu bewerten, denn die Seniorinnen und Senioren werden immer älter und engagieren sich zunehmend. Basis für ein erfolgreiches Wirken bildet das seit 2010 existierende Seniorenmitwirkungsgesetz. Es stärkt und fördert die Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren. In diesem Jahr wird es zum zweiten Mal überarbeitet und aktualisiert.



*Festveranstaltung – Festsaal
in Bad Doberan*

Foto: Renee Recke

Weiterführend weist Brigitte Seifert auf das Altenparlament am 20. Oktober 2022 hin. Hier werden seitens der Seniorinnen und Senioren Anträge an die Landespolitik formuliert, Interessen geäußert und Diskussionen geführt,

wie man diese durchsetzen kann. Weiter führt sie aus, dass insbesondere drei Leitanträge in diesem Jahr zur Behandlung anstehen, welche Kernthemen für eine erfolgreiche zukünftige Arbeit sein werden. Dies betrifft erstens die Beratungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern, zweitens die Medienkompetenz älterer Menschen und drittens den generationsübergreifenden Klima- und Umweltschutz.

An dieser Stelle seien auch die Regionalkonferenzen des Landesseniorenbeirats erwähnt, welche sich in diesem Jahr, sehr zur Freude von Ministerin Drese, mit dem Thema Gesundheit und Sport befassen. Auch das Thema Bildung spielt eine zentrale Rolle. Die Seniorinnen und Senioren fordern diese Themen, da sie Möglichkeiten schaffen für neue Perspektiven, für mehr Mitgestaltung, für mehr Wissenstransfer an die jüngeren Generationen und für mehr Mitsprache.

Der heutige Gedenktag soll die Leistungen der älteren Menschen würdigen und darauf aufmerksam machen.

Fortsetzung auf Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

Laut Ina-Maria Fahning sind insbesondere die Leistungen der Seniorenbeiräte zu würdigen. Dies gilt auch für die Arbeit des Seniorenbeirates des Landkreises Rostock, da dieser die Bildung neuer Seniorenbeiräte und deren Arbeit unterstützt. Gewürdigt werden heute alle Seniorinnen und

Senioren, welche sich in den Kommunen, in Vereinen, in Verbänden und in Organisationen ehrenamtlich engagieren. Ihnen allen sagen wir DANKE. Bitte machen sie weiter so, denn gerade das Engagement der Seniorinnen und Senioren als ehrenamtliche Helfer ist zunehmend ein wichtiger Baustein im öffentlichen Leben und für die Kommunen.

Abschließend sprach Jürgen Lorenz der REBUS GmbH und allen ehrenamtlichen Helfern seinen besonderen Dank aus, für das gute Gelingen der heutigen Festveranstaltung. Umrahmt von Musik des Shantychores „Reriker Heulbojen“ und bei Kaffee und Kuchen, genossen alle Anwesenden den heutigen Feiertag.

Renee Recke

Seniorenbeirat Landkreis Rostock

Seniorenfesttage 2022 der Stadt Bad Doberan

Nach der zweijährigen Pandemiepause war ich am 29. August zur Eröffnung der Doberaner Seniorenfesttage eingeladen. Im großen Saal des Kreistages konnte ich ca.100 Seniorinnen und Senioren begrüßen.

Die Vorsitzende des Stadtseniorenbeirats, Marianne Böckenhauer, begrüßte alle Anwesenden und Gäste, besonders den Bürgermeister Jochen Arenz, bei dem sie sich für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung bedankte und der auch die Festtage eröffnete.

Er hob besonders die ehrenamtliche Tätigkeit der Senioren in der Stadt hervor. In vielen Angelegenheiten seiner

Arbeit kommt es zu einer konkreten Zusammenarbeit. Frau Böckenhauer gab einen Überblick über die Themen der Festwoche das sind u.a.:

- Kartenspielnachmittage
- Theaterbesuche der Niederdeutschen Bühne
- Gesprächsrunden mit dem Bürgermeister
- ein Grillfest im Kornhaus

Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung fand auch die Wahl des Seniorenbeirates der Stadt Bad Doberan statt. Als Vorsitzende wurde Marianne Böckenhauer bestätigt.

Mit Kaffee und Kuchen, den zum Teil Bäcker der Stadt gespendet ha-



Die alte und neugewählte Vorsitzende Marianne Böckenhauer (Bildmitte)

ben und einer musikalischen Umrahmung von Schülern, klang der Nachmittag aus.

Jürgen Lorenz

*Kreisseniorenbeiratsvorsitzender
Landkreis Rostock*

Hospiz: Neubau geht weiter

Über den Fortgang des Hospiz-Neubaus am Petershof in Güstrow berichtet die Mitarbeiter- und Kundenzeitschrift Profil der Diakonie Güstrow in ihrer Ausgabe 2/2022. Die Übergabe des Grundstücks erfolgte bereits im Juni durch Oberbürgermeister Arno Schuldt. Über die Pläne informierten Antje Weidemann, die Bereichsleiterin für stationäre Altenpflege, sowie Hanka Semler, die

Einrichtungsleiterin des Pflegeheims Am Rosengarten, die das Projekt fachlich begleiten. „Wir möchten einen Ort schaffen, an dem Menschen in Würde und Geborgenheit leben und sterben können“, sind sich beide einig. Schirmherr des Hospizes ist der einstige Landespastor Martin Scriba.

Ein weiterer Beitrag in der Zeitschrift beschäftigt sich mit dem Unterneh-

men Ambulant begleitetes Wohnen der Behindertenhilfe und der Suchthilfe in der Güstrower Südstadt, die ihr zwanzigjähriges Bestehen begehen konnte.

2002 zogen die ersten acht Bewohner aus stationären Einrichtungen in eigene Wohnungen allein oder Zweier-Wohngemeinschaften ein.

ric

Einzige Kurzzeitpflege besteht ein Jahr

Im September wurde die erste Kurzzeitpflege im Landkreis Rostock ein Jahr alt. Gefeierte wurde in kleinem Kreis auf dem Innenhof der teilsta-

tionären Einrichtung mitten in der Güstrower Südstadt. „Wir haben uns auf dem Markt etabliert. Mittlerweile kooperieren wir mit Kran-

kenhäusern aus ganz Mecklenburg-Vorpommern. Und oftmals sind wir Retter für den Menschen in letzter Sekunde“, erzählt Pflegedienstleite-

rin Theresa König. „Nicht selten wird sehr kurzfristig nach einer Unterbringung und Betreuung gesucht. Das kann beispielsweise nach dem Krankenhausaufenthalt sein oder als Überbrückung, bis der beantragte Platz in einer vollstationären Einrichtung oder in der Reha zur Verfügung steht.“ Bevor es im letzten Jahr mit großer Rede und vielen Ballons so richtig losging, leitete sie die Tagespflege nebenan.

Das Arbeiten in der Kurzzeitpflege sei nun anders, aber nicht weniger abwechslungsreich. „Im Gegenteil. In der Belegung gibt es häufigere Wechsel als in anderen Einrichtungen. Immer wieder dürfen wir uns auf neue Charaktere und auch Krankheitsbilder einstellen, Abläufe anpassen und umstellen.“

Das Besondere seien in der Kurzzeitpflege die verschiedenen Menschen, die immer wieder kommen und gehen. Einige möchten Kräfte mobilisieren, um wieder in die eigene Häus-

lichkeit zurückzukommen. Es kommen Kindergartenkinder genauso wie hochbetagte Senioren – beide zusammen geben ein fröhliches Bild ab und inspirieren sich gegenseitig. Mittlerweile gibt es auch einige Kunden, die die Kurzzeitpflege regelmäßig, über das Jahr verteilt, nutzen. Dadurch können ihre Angehörigen in den Urlaub fahren oder einfach Zeit für sich selbst haben und somit wieder Kraft tanken zum Pflegen und Versorgen ihres Lieben. Diakonie-Güstrow-Vorstand Christoph Kupke sagt: „Wir haben den Anspruch, kurzfristig Menschen in der Kurzzeitpflege aufnehmen zu können. Damit Angehörige jedoch Planungssicherheit zum Beispiel für den Urlaub haben, empfehle ich rechtzeitige Anmeldungen.“

„Wir haben uns innerhalb eines Jahres ein sehr großes Netzwerk aufgebaut“, erinnert sich Theresa König. Dazu gehören das SAPV-Team, „To Hus“, diverse Kliniken und deren Sozialdienste, Wundschwestern, Apothe-

ken, Pflegeheime und Pflegedienste sowie die Betreuungsbehörde und der Pflegestützpunkt des Landkreises Rostock. Mit der Küche aus dem Diakonie-Pflegeheim Am Rosengarten wird genauso vereinsintern kooperiert wie mit dem Fahrdienst der Diakonie Service Gesellschaft mbH.“

Die Zusammenarbeit läuft aber auch innerhalb des Kurzzeitpflege-Teams sehr gut. „Mittlerweile kennen wir uns gut und wissen, was jeder braucht“, hebt Theresa König hervor. „Humor und Empathie kommen hier nicht zu kurz.“

Besonders glücklich sind wir alle, wenn wir einen Kunden, der in einem schwierigen Zustand aus der Klinik zu uns gekommen ist, wieder in die Häuslichkeit entlassen dürfen, da wir ihn wieder mobil gemacht und die eigene Selbstständigkeit so weit wie möglich gefördert haben. Für uns ist die aktivierende und ganzheitliche Pflege ein täglicher Ansporn.“ ■

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Konzept für die Senioren der Stadt

Hauptthema des Seniorenbeirats in den letzten drei Monaten war die Bearbeitung des „Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes der Landeshauptstadt Schwerin“, bei dem es um eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität der Senioren*innen geht. Dem demografischen Wandel in Schwerin soll damit Rechnung getragen werden.

Es gilt die älteren Bürger*innen, die aktiv im Ehrenamt, in der Politik oder in der Nachbarschaftshilfe tätig sind, zu fördern und diese Ressourcen auszus schöpfen.

Aber gleichzeitig muss daran gearbeitet werden, für die vielen älteren Personen, die auf Hilfe oder Pflege angewiesen sind, Lösungen für ein selbstständiges, selbstbestimmtes und würdevolles Leben zu finden und anzubieten.

Der Seniorenbeirat hat sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt und Vorschläge erarbeitet. Diese wurden an die verschiedenen Fraktionen der Stadtvertretung übersandt, sodass an der Fortführung dieser Problematik gearbeitet werden kann.

Wöchentliche Sprechtag des Seniorenbeirats, die zu Gesprächen mit unseren Senioren*innen angeboten werden, fördern den Kontakt mit ihnen.

Vom Seniorenbeirat werden regelmäßig Gratulationen zu Jubiläen von älteren Mitbürgern*innen durchgeführt. Die Anzahl der Menschen, die das 100. Lebensjahr oder auch eine Diamantene Hochzeit feiern können, steigt in Schwerin, sodass auch die Anzahl der Gratulationen stark zu genommen hat.

Die Gespräche mit den älteren Menschen machen immer wieder deutlich, wie wichtig es ist, auf den Erfahrungsschatz dieser zu bauen.

Weitere Themen, die vom Seniorenbeirat in Angriff genommen wurden, sind die wirtschaftliche Situation der Menschen im Alter.

Hohe Mieten, steigende Lebenshaltungskosten und jetzt die explodierenden Preise im Energiesektor. Und das alles bei niedrigen Renten.

Hier hat der Seniorenbeirat noch eine große Aufgabe vor sich. Wir wollen noch stärker auf die Problematik der Rentner*innen in der Stadtvertretung und Verwaltung aufmerksam machen und den Interessen aller älteren Mitbürger*innen gerecht werden.

*Walter Heinrich
Seniorenbeirat Schwerin*

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Jubiläum 10 Jahre Kreissenorenbeirat

Nach der Kreisgebietsreform im Jahre 2011 entstand der heutige Landkreis Mecklenburgische Seenplatte aus den Altkreisen Demmin, Mecklenburg-Strelitz und Waren, sowie der ehemals kreisfreien Stadt Neubrandenburg. Aus den bestehenden Kreissenorenbeiräten der Altkreise konstituierte sich der künftige Kreissenorenbeirat Mecklenburgische Seenplatte am 13. September 2012.

Zu der am 28. September stattgefundenen kleinen Festveranstaltung zum zehnjährigen Jubiläum konnte der Vorsitzende des heutigen Kreissenorenbeirats, Eckhard Baresel, zahlreiche Gäste begrüßen. Besonders willkommen hieß er den Parlamentarischen Geschäftsführer der Landtagsfraktion DIE LINKE, Torsten Koplín, sowie Michael Löffler als Vertreter des Landrats und Mirko Renger als Vertreter des Kreistagspräsidenten. Weitere Gäste der Festveranstaltung waren Dr. Georg Weckbach vom Landesessenorenbeirat, die Vorsitzenden und Stellvertreter der im Kreistag vertretenen Fraktionen sowie einige Bürgermeister oder Vertreter der Städte und Gemeinden des Landkreises. Vertreten waren auf der Festveranstaltung außerdem Anika Schalen-



Vorstand KSB MSE mit Ehrenmitglied Prof. Pratzel und Vertreter des LSB MV Dr. Weckbach



Festredner Torsten Koplín



Gäste der Festveranstaltung

berg, Vorsitzende des Kreisbehinderntenbeirats, der Geschäftsführer des DRK-Kreisverbands Neubrandenburg und der Leiter der Kontakt- und Informationsstelle Selbsthilfegruppen (KISS) Neubrandenburg. Die Gründungsmitglieder Prof. Dr. Dr. Helmut Pratzel als erster Vorsitzender, Günter Schult, Ottomar Blum, Walter Papentín, Horst Ungelenk und Peter Piletzki waren dabei sowie Vertreter der Essenorenbeiräte bzw. Essenorenräte der Städte und Gemeinden.

Zu Beginn der Festveranstaltung gedachten die Teilnehmer des Andenkens unseres am 22. August verstorbenen Mitstreiters und Gründungsmitglieds des Kreissenorenbeirats MSE, Erich Rottenau, mit einer Schweigeminute.

Torsten Koplín zollte in seiner nachhaltigen Festrede allen ehrenamtlich tätigen Mitgliedern des Kreissenorenbeirats Respekt für die geleistete Arbeit in den zurückliegenden Jahren.

„Sie haben sich in jüngerer Vergangenheit, trotz pandemiebedingter Widrigkeiten, auf wichtige Handlungsfelder der Essenorenarbeit konzentriert: ge-

sundheitliche Versorgung, Pflege und Wohnen“, stellte er fest und betonte: „Dies zu tun, entspricht Ihrem Selbstverständnis, sich für die Interessen der Seniorinnen und Senioren einzusetzen. Das mag Ihnen als Selbstverständlichkeit gelten, gleichwohl ist es mir ein Bedürfnis, dies herauszustellen.“ Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen stellte er dar, „dass in Mecklenburg-Vorpommern im ersten Halbjahr 2022 die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner um 16.296 auf nunmehr 1.627.456 gestiegen ist“ – und das trotz sinkender Geburtenzahlen.

Als Kern seiner Betrachtung betonte er: „Das Erfordernis, dass Sie als Kreissenorenbeirat mehr Mitsprache, mehr Teilhabe, mehr Wirkungsmöglichkeiten haben müssen, ergibt sich nicht so sehr aus der demographischen Entwicklung. Sie ist ein Spiegelbild von Verhältnissen. Das Erfordernis ergibt sich aus den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst.“ Er verwies darauf, dass „geradezu notwendig sind Erfahrungswissen, Lebensweisheit und innovative Ideen, die eben darauf fußen, um Konflikte friedlich zu lösen, um die Wechselwirkungen zwischen Menschen und Natur auf Nachhaltigkeit auszurichten und um der wachsenden Polarisierung von Arm und Reich zu begegnen.“

Torsten Koplín legte dar, dass die Landesregierung für 2023 einen „Runden Tisch gegen Einsamkeit im Alter“ ins Leben in Aussicht gestellt habe. Ziel sei es, „Empfehlungen für Strategien gegen Einsamkeit“ zu erarbeiten. Weiterhin solle der Runde Tisch als Austauschplattform für die Erarbeitung „seniorenpolitischer Gesamtkonzepte“ dienen. In Bezug auf die Empfehlungen der Enquetekommission „Älter werden in MV“ zum Themengebiet bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe solle bis Ende 2025 eine landesweite Engagementstrategie erarbeitet werden.

Zum Abschluss seiner Rede referierte er: „Seniorenpolitik ist Zukunftspolitik. Sie als Kreissenorenbeirat beweisen dies, indem Sie beständig daran arbeiten, die Gegenwart zu formen, indem Sie über die Zukunft nachdenken, Anregungen geben, Forderungen stellen und sich immer aufs Neue mit Leidenschaft tatkräftig einbringen. Haben Sie Dank für Ihre Arbeit in den vergangenen zehn Jahren. Alles

Gute für die kommenden zehn Jahre und darüber hinaus.“

Bei einem kleinen Empfang mit Buffet für Leib und Seele ergab es sich auch, mit einer Reihe von Gästen ins Gespräch zu kommen. Dankesworte vieler Gäste als Würdigung der geleisteten Arbeit des Kreissenorenrats sind für uns nicht nur Wertschätzung unseres Wirkens, sondern gleichzeitig auch Ansporn, den eingeschlag-

nen Weg beharrlich weiter zu gehen. „Sie haben sich ideenreich und konstruktiv eingebracht, als Mahnende, als Impulsgebende Partner anderer gesellschaftlicher Akteure, insbesondere gegenüber Politik und Verwaltung. Ich bin fest davon überzeugt, dass dies auch in Zukunft so sein wird, und möchte eben hierzu ermuntern“ – so wie es Torsten Koplín in seiner Festrede betonte.

Kreissenorenbeirat MSE

Jahrzehntelang verbunden

Flensburg und Neubrandenburg verbinden seit Jahrzehnten enge Kontakte. Die Städtepartnerschaft begann 1987 und wurde nach der Wiedervereinigung unter neuen Bedingungen und Inhalten bis heute fortgeführt. Drei Mitglieder des Seniorenbeirats aus der Fördestadt waren kürzlich in der Vier-Tore-Stadt zu Gast und tauschten sich über Aktivitäten im Zeitalter von Internet und sozialen Medien aus. Beiratsvorsitzender Peter Lunders-



hausen informierte über die Bevölkerungsstruktur Neubrandenburgs und sagte: „In unserer Stadt leben gut 28 Prozent Menschen, die älter als 65 Jah-

re sind. Sie verfügen über Potenziale, die zur Steigerung der Lebensqualität genutzt werden können.“

Gäste waren auch die Seniorenbeauftragte des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte, Heike Rademacher, Sabine Renger, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters von Neubrandenburg und der städtische Koordinator Generationen, Christian Jenewsky. Dieser stellte in einer Präsentation die Ziele der Stadt vor. ■

IMPRESSUM

Herausgeber und

Redaktionsanschrift:

Landessenorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61

E-Mail: lsb@landessenorenbeirat-mv.de
www.landessenorenbeirat-mv.de

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für
Soziales, Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen
nicht mit der Meinung der Redaktion
übereinstimmen.

Nachdruck mit Quellenangabe gestat-
tet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
7. November 2022; Redaktionsschluss
für Nr. 1/2023: 15. Februar 2023

Stadtteilstoff hatte regen Zulauf

Das Netzwerk der Stadtteilarbeit Nord in Neubrandenburg hatte kürzlich in der Ihlenfelder Vorstadt ein buntes Programm veranstaltet. Unter dem Motto „KuK mal hier – Kultur im Quartier“ wurde ein vielseitiges Angebot für Groß und Klein auf die Beine gestellt. Von einer Hüpfburg bis hin zur Seniorengesprächsrunde war beim Nordstadtfest einiges dabei. Der Quartiersmanager Stephan Reich sagte dazu: „Wir wollten ein vielfältiges und generationsübergreifendes Programm gestalten, welches die Individualität der Wohngebiete sichtbar macht.“

Eröffnet wurde das Nordstadtfest durch die 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters, Sabine Renger, sowie durch Stephan Reich und Pastor Jörg Albrecht. Dessen evangelische St. Michaels-Gemeinde im Vogelvier-



Eckhard Gründer und Peter Lundershausen (v.l.n.r.) am Stand des Seniorenbeirats

Foto: Seniorenbeirat

tel stellte auch den Veranstaltungsort und steuerte einen Teil zum Programm bei.

Der Seniorenbeirat beteiligte sich mit einer Ausstellung am Stadtteilstoff und hatte regen Zulauf. Seine Vertreter konnten viele Fragen der Besucher zum Aufbau, zur Wirkungsweise und zu Unterstützungsmöglichkeiten des Beirats beantworten. *SBNB*



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen im „Park-Shop“, bei einem
Besuch im „Park-Café“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf
den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens
begleiten.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de